

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Verantwortlicher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 23. Juni 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Verantwortlicher: Amt IV. Nr. 1984.

## Die Pariser Zukunftsstaats-Debatte.

Man schreibt uns aus Paris:

Die große Auseinandersetzung zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Demokratie erreichte am Dienstag ihren dramatischen Höhepunkt. Dieser Kampf zweier Ideen bot auch nach der ästhetischen Seite hin ein fesselndes menschliches Schauspiel. Der französische Geist fordert nun einmal die sinnlich-greifbare Erscheinung des Ideellen, er stellt nun einmal die Persönlichkeit, ja die Person und ihre formale Vollendung obenan. Durch allen demokratischen Gleichheitstrieb hindurch schlägt in Frankreich doch immer wieder der Hang nach dem Repräsentativen. So wurde die Debatte über radikale und sozialistische Politik zu einer Art homerischem Zweikampf, den die beiden vorzüglichsten Streiter des Parlaments vor den Heeren ausfochten.

In zwei Sitzungen — vier Stunden lang — antwortete Clémenceau auf Jaurès' Kritik, und der sozialistische Sprecher erwiderte sofort in einer machtvollen Replik. Der unterrichtete sozialistische Arbeiter weiß, daß der Inhalt und das Recht des Sozialismus nicht in einer noch so ausgedehnten Rede abschließend dargestellt werden kann, und er wird über die naive Ansicht lächeln, die das Schicksal unseres weltbewegenden geschichtlichen Kampfes mit dem mehr oder minder glücklichen Verlaufe eines Wettstreites rednerischer Talente in Verbindung bringen möchte. Immerhin — die denkwürdige Debatte hat die Blütezeit der parlamentarischen Redekunst erneuert. Die zwei größten Redner der Kammer standen einander gegenüber — jeder fesseln in seiner Art. Erschienen doch in Jaurès und in Clémenceau die charakteristischen Eigenschaften des Franzosen gleichsam polarisiert, ähnlich wie einst in Voltaire und in Rousseau.

Herrn Clémenceau haben manche Leute — von gemeinsamen äußeren Merkmalen ausgehend — mit Bismarck verglichen! In der Tat teilt er mit ihm das stürmische, rücksichtslose Temperament, das ihn auch vor der gelegentlichen Verwendung illoyaler Argumente nicht zurückschrecken läßt. Auch ist ihm — wie einst Bismarck — die Freude an epigrammatisch zugespitzten Wendungen eigen. Eine weitere Ähnlichkeit besteht darin, daß auch Clémenceau in den großen sozialökonomischen Fragen keine eigentliche Ueberzeugung besitzt, so daß er, sobald er auf diese Gegenstände zu sprechen kommt, einer gewissen Verlegenheit und einem dilettantischen Umhertasten nicht entgeht. Hier sind die Schranken dieses glänzend begabten, arbeitsamen und unermüdeten jugendlichen Geistes. Hier arbeitet er mit abgestandenen Gemeinplätzen, die er — wie ein „Veespoder“ den Inhalt seiner Blechbüchsen — mit einem Ueberguß von Bismarck appetitlich herzurichten weiß.

Clémenceau hatte keinen guten Stand. Er sollte die Gewaltmaßregeln der Regierung gegen die Ausständigen verteidigen, sollte die skandalöse Komplottaffäre rechtfertigen, und endlich mußte er die weitest fortgeschrittene Gruppe der Majorität, die wegen der schwächlichen Regierungserklärung verstimmt war, beruhigen. Zur Verteidigung seiner Streikpolitik zog er die ältesten monarcherliberalen Argumente heran: Die Arbeiterklasse müsse sich an das Gesetz halten. Erst dann sei sie der Befreiung würdig, die sich auch nur auf gesetzliche Wege vollziehen könne. „Ich führe nicht Krieg gegen die Arbeiter, ich verteidige sie, und ich bin entschlossen, sie selbst gegen Sie zu verteidigen! — Nehmen wir an, daß Sie, Herr Jaurès, Minister würden. Ein Unglück ist ja bald geschehen. Was täten Sie, wenn der Präsekt Ihnen telegraphierte, daß man Häuser plündert?“

Der gute Clémenceau hielt Jaurès auch vor, daß er unter früheren Ministerien, nach blutigen Streikkonflikten, nicht in Opposition getreten sei — ein Ausfall, der seine offensichtliche Absicht: innerhalb der geeinigten Partei alte Empfindlichkeiten wiederzuwecken, völlig verhehle. Der Minister verließ weiter das Wahlmanifest der Sozialisten, fand es „sehr bürgerlich“ und warf den Sozialisten sogar vor, daß sie es den Radikalen entwendet hätten. Er bekennt sich „im Prinzip“ als Anhänger des Achtstundentages und erklärt sich bereit, auf dieses — Endziel hinzuwirken. Desgleichen tritt er für die Verstaatlichung der großen Monopole ein, die man am besten mit dem Rücklauf einiger Eisenbahnen beginnen könne. Wenn er diese Erklärung auch nicht — so fügte er schnell hinzu — im Namen der Regierung abgibt, so könne er doch versichern, daß die Mehrzahl seiner Kollegen in diesem Punkte mit ihm eines Sinnes sei. — Dieser Satz, der eine vielbemerkte Lücke in der Regierungserklärung auszufüllen bestimmt war, fand bei den Radikalsozialisten großen Beifall.

Clémenceau sprach weiter — halb da, bald dorthin abschweifend — über das Recht des Individuums, über die glorreiche Errungenschaft der französischen Revolution, die durch die dogmatische Tyrannei der unifizierten Sozialisten bedroht werde. Die Unifikation sei eine Art Katholisierung des Sozialismus. Und so jankelte der listenkundige Odysseus der französischen Bourgeoisie Peil auf Peil ab, ohne freilich dem Gegner andere als die ungefährlichen Ritzwunden eines oberflächlichen Spottes zufügen zu können. Der eleganten Form entleidet, laufen diese Gedankenplättchen im ganzen auf die weltberühmte Weisheit hinaus, daß es „immer Elend

gegeben habe und immer Elend geben werde“, daß schon das Christentum und die Philosophen aller Zeiten davon geträumt hätten, das Paradies auf Erden zu errichten, ohne diesem Ziele näher gekommen zu sein, alle soziale Reform müsse bei der Reform des Individuums beginnen und dergleichen mehr. „Der Mensch, den Sie für Ihre Gesellschaft brauchen, existiert noch nicht, und wenn er einmal existieren wird, dann wird er seine Vernunft frei gebrauchen und sich nicht darum kümmern, welchen Weg Sie ihm vorgeschrieben haben. Wir aber rechnen mit dem Menschen, wie er ist, mit seinen Unvollkommenheiten, seinen guten und schlechten Trieben. Wir klären den unsicher Vorwärtstastenden auf und führen ihn immer weiter einer höheren Gerechtigkeit entgegen. Und jeder Tag bedeutet ein wenig mehr Uneigennützigkeit, ein wenig mehr Vornehmheit, Güte und Schönheit.“

Clémenceau führte zum Beweise dafür, daß die Demokratie diesem Ideal diene, die Reihe der sozialen Reformen vor, die unter der dritten Republik beschlossen worden sind, wobei er den Sozialisten nach berücksichtigtem Muster eine Geringschätzung der Sozialreform untersah. Daß das bisherige Arbeiterschutz anderswo auch ohne ruhmredige Demokratie geschaffen worden ist, will er natürlich nicht bemerken. Er zitiert Bernsteins Wort: „Das Endziel ist nichts, die Bewegung alles“ und erklärt sich mit diesem Satze einverstanden! Denn das sei das Programm der radikalen Partei, ja „das Programm der Regierung!“ Sie bieten uns allerdings Ihre Mitarbeit bei der sozialen Reform an, aber Sie wollen das Budget verweigern! Ich weiß, daß diese Theorie aus Deutschland kommt, wo sie einen Sinn hat. (Zwischenruf: Sie kommt zu uns aus der ganzen Welt, aus der Arbeiterinternationale!) Sie stammt aus der Dresdener Resolution. Wenn Sie aber mitarbeiten wollen, müssen Sie das mit allen Konsequenzen tun. Wenn Sie bei der Beratung der Altersversicherung mit uns die zur Kostendeckung nötigen Steuern suchen, dürfen Sie, wenn es sich nachher darum handelt, die Fische zu bezahlen, nicht die Hände in Unschuld waschen. Dieses Vorgehen ist umso weniger loyal, als es Sie nicht hindert, an alle Ministerien Briefe zu richten, die auf neue Budgetausgaben abzielen. Die Tische, die ich hier vertrete, haben Sie selbst, Herr Jaurès, auf dem Amsterdamer Kongreß verteidigt, aber Sie sind von Bebel geschlagen worden und haben kapituliert. Sie haben sich auf den aventinischen Hügel zurückgezogen, aber ich lenne Ihre innersten Gefühle, und ich hoffe, Sie bald wieder zurückkommen zu sehen!

Clémenceau schloß mit einem Appell an die Sozialisten: mit den Radikalen zusammenzuarbeiten und die Verantwortlichkeit mit ihnen zu tragen. „Sie haben ein Mißtrauensvotum in Vorbereitung. Das ist Ihr volles Recht. Aber Ihre Absicht ist, die Radikalen zu terrorisieren, sie zum blinden Gehorsam zu zwingen oder sie ins Lager der Gemäßigten zurückzutreiben, und den nach der sozialen Gerechtigkeit verlangenden Wählern keine Wahl zu lassen als die zwischen der Reaktion und dem großen Sprung ins Dunkel der sozialen Revolution. Diese Manöver aber wird die radikale Partei vereiteln: durch die radikale Politik. Wir haben es nicht nötig, wie Sie es von uns verlangen, zu zeigen, wie wir unser Programm durchsetzen wollen. Unsere Taten werden uns richten. Die Stunde ist entscheidend — ja wohl, für uns, aber auch für Sie. Wollen Sie mit uns arbeiten, reichen wir Ihnen und Ihren Wählern die Hand. Wenn nicht, so folge jeder seinem Geschick. Wir nehmen die Verantwortung auf uns und überlassen die Entscheidung vertrauensvoll der Kammer und dem Lande.“

Auf Antrag des Radikalsozialisten Maujan beschloß das Parlament die Affidierung der Rede. Dagegen stimmten 50 geeinigte Sozialisten, der unabhängige Sozialist Bachel Grouffet und 28 Mitglieder der Rechten. Die unabhängigen Sozialisten und viele Radikalsozialisten — wie Buiffon und Pelletan — enthielten sich der Abstimmung, ebenso der Rest der Rechten. Merkwürdigerweise auch die geeinigten Sozialisten Presse und Camuzet!

Jaurès Replik war ein Muster schlagkräftiger, aber in ihren Mitteln vornehmer Politik. Trotzdem machte sie den Minister so nervös, daß er sie stellenweise Satz für Satz unterbroch, obwohl er sich über die Zwischenrufe, mit denen seine Rede von den Sozialisten gespickt worden war, höchlich entrüstet hatte. Jaurès begann damit, daß er auseinanderetzte, die sozialistische Partei stelle keineswegs die reformatorischen Leistungen der Demokratie in Abrede. Wie könnte sie das auch, da sie doch wie keine andere von dem Gedanken der Entwicklung durchdrungen ist: „Sie klagen uns an, daß wir den Fortschritt leugnen. Aber wenn wir auch finden, daß die Zeit gekommen ist, die Früchte zu pflücken, so verachten wir doch nicht die Wäute und zerstören wir die Wurzel nicht. Sie, Herr Clémenceau, kennen nur das Individuum als A und O der Entwicklung. Wie kommt es, daß Sie, der Mann der Wissenschaft, der Arzt, den individuellen Organismus vom sozialen Milieu trennen? Das ist die sonderlichste aller Abstraktionen. Dieser absolute Individualismus ist die Negation aller großen Begebenheiten der Geschichte, die den menschlichen Fortschritt gefördert haben, er ist auch die Negation der französischen Revolution! Das halbe Jahrhundert philosophischer Erziehung hätte nicht die Umgestaltung einer Welt bewirken können, wenn nicht erleuchtete Geister die Notwendigkeit begriffen hätten, das Milieu selbst zu verändern. — Der Herr Minister

des Innern legt so großen Wert auf den kollektiven Arbeitvertrag, und er macht uns sogar den Vorwurf, daß wir diese Reform, die in der Regierungserklärung ihren Platz gefunden hat, nicht in unserem Wahlmanifeste gehabt haben. Aber wie stimmt das mit Ihrer Rechtfertigung der Streikbrecher überein, mit Ihrer Verteidigung des absoluten Rechts jedes Individuums, zu arbeiten, wenn die Kameraden streifen? Der Herr Minister fragte, wo während der Streiks die Arbeiterklasse zu finden gewesen sei! Nun — dort wo sie ist: in den gewerkschaftlichen Organisationen! Auch ich beklage die Ausübung von Gewalttätigkeiten durch Arbeiter, und ich habe mich in diesem Sinne ausgesprochen. Aber wenn man die Bilanz der sozialen Konflikte zieht, so vergeht man allzu leicht, daß dieselben Worte für die Unternehmerklasse und für die Arbeiterklasse einen ganz verschiedenen Sinn haben: Eine drohende Geste ist bald gesehen, ein Akt der Brutalität rasch festgehalten, ein Einschüchterungsversuch gleich konstatiert und vor die Richter gezogen. Aber die Unternehmer haben keine drohenden Gesen, keine heftigen Worte nötig. Da versammeln sich einige Herren bei geschlossener Tür, in aller Sicherheit, in der Heimlichkeit eines Verwaltungsrates und beraten ohne drohende Gesten, ohne heftige Worte: Wie man den Arbeitern den billigen Lohn verweigert; sie beschließen, die Arbeiter, die den Kampf fortsetzen, hinauszujagen, sie mit ungreifbaren, aber den anderen Unternehmern verständlichen Zeichen zu brandmarken und so der allgemeinen Rache der Kapitalisten preiszugeben. Das geht ganz ohne Lärm! Das ist die mörderische Arbeit der Maschine, die den zudenden, schreienden Menschen in ihr Triebwerk gezogen, mit ihren Walzen und Riemen ergriffen hat, der Maschine, die nicht einmal knirscht, sondern in aller Stille zermalmt. — Die Wage ist falsch, zum Schaden der Arbeiter gefälscht. Wir aber suchen sie wieder richtig zu machen. Wenn das ganze Gewicht der Gesellschaft, das ganze Gewicht des Schicksals die Arbeiter erdrücken will, dann gehen wir zu ihnen und richten sie auf und sagen ihnen: Ihr seid das Recht, und wir sind streng gegen die Regierungen, die sich in das falsche Gleichgewicht einer symmetrischen Unparteilichkeit einschließen, das sie schließlich zum Nachteil der arbeitenden Klasse verlegen.

So ist auch Herr Clémenceau am Ende dahin gelangt, seine eigene Methode der „vorbeugenden Reaktionen“ zu verleben. Präventiv war die Verhaftung der Vorkämpfer der Arbeitskonföderation. (Um diesen Gegenstand hatte sich der Minister in seiner langen Rede ganz herumgedrückt.) Nach dem 1. Mai hat man die Verhafteten wieder auf freien Fuß gesetzt — ohne Verhör! Da kann ihr „Verbrechen“ nicht gar groß gewesen sein! Jetzt, vor acht Tagen erst, hat man das erste richtige Verhör mit ihnen angefaßt. Sie haben „im politischen Interesse“ so gehandelt. Sie hatten Furcht vor der Furcht der Bourgeois! Sie wollten die Verantwortlichkeit von sich abladen, die Furcht der Republik genügend ergeben, daß sie uns vergehen werden, wenn wir sie auch auf ihre Kosten verteidigen. . . .

Der Herr Minister hat uns soeben die Schönheit der Regierungserklärung bewundern lassen. Er hat uns gesagt, daß es bereits bewundernswürdig wäre, wenn auch nur die Hälfte des Programms in dieser Gesetzgebungsperiode durchgeführt würde. Ich aber sage Ihnen, daß Sie auch diese Hälfte nur durchführen können, wenn Sie alle lebendigen Kräfte der Demokratie zusammenschaffen. Das aber können Sie nur mit Hilfe von Gesetzgebern, deren unmittelbare Wirksamkeit und umspannende Bedeutung bei weitem das übertrifft, was der Ton, der Akzent und die Form Ihrer Erklärung anzudeuten scheinen. Wenn Sie nicht eine allgemeine und progressive Einkommensteuer vorschlagen, die die Masse der Landbevölkerung sogleich fühlbar entlastet, wenn Sie nicht in der bürgerlichen Demokratie Erfolg für den Abfall eines Teiles der Bourgeoisie suchen, gehen Sie der politischen Ohnmacht entgegen. Geben Sie acht! Wenn Sie zaudern, wird sich die Flut verlaufen.

Sie haben unsere Verantwortlichkeit aufs Tapet gebracht, nun, sie werden bei Reformen unsere Unterstützung nicht nur im Aktiven, sondern auch im Passiven finden. Wenn die Sozialisten das Budget ablehnen — sie haben dies schon vor dem Dresdener Parteitag getan —, das Budget, das zu zwei Dritteln durch Ausgaben verschlungen wird, die der Arbeit nicht zugutekommen, so wollen sie gegen eine Gesellschaft protestieren, deren Sinnbild dieses Budget ist. Aber wenn es gelten wird, blinde Reformen durchzuführen, und wenn Sie uns zu diesem Zwecke Steuern vorschlagen werden, die mit unserem demokratischen und sozialen Ideal im Einklang sind, dann werden wir nicht — etwa aus starrsinniger Vorurteilsgenommenheit und aus irgendwelchem Formalismus heraus — das Wort zum Scheitern bringen. Andernfalls hätten Sie das Recht, uns verantwortlich zu machen. Bis dahin aber sind wir Richter über unsere Taktik: ebensogute Republikaner wie Sozialisten, gemäß unserer Methode ebenso leidenschaftliche Reformatoren und Realisten wie gemäß unserem Ziele — der fundamentalen Umgestaltung der Gesellschaft — ausgesprochene Revolutionäre, werden wir jeden Reformversuch unterstützen, der ernst und wirksam, keine bloße Augenwäscherung sein wird. Ihn aber zu verwirklichen, das steht bei Ihnen!

Als Jaurès seine vom ganzen Hause mit leidenschaftlicher Teilnahme verfolgte Rede beendet hatte, beantragte

**Die Inserions-Gebühr**  
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Wg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Wg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stille) gebrauchte Wort 20 Wg., jedes weitere Wort 10 Wg. Stellenangebote und Geschäftlichen-Anzeigen das erste Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Allemane, auch diese Rede anzuschlagen. Die 139 Stimmen, die dieser Antrag auf sich vereinigte, bezeugen den tiefen Eindruck der Zaurösch'schen Worte. Mit den Sozialisten stimmten diesmal einige „parlamentarische Sozialisten“ und ein großer Teil der Radikalsozialisten. Diejenigen, die sich beim Antrage Kaajan der Abstimmung enthalten hatten (in der Absicht, den Miß zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Demokratie nicht dem ganzen Lande kund und unreparierbar zu machen), stimmten jetzt um der Gerechtigkeit willen, und auch weil die Zaurösch'sche Kritik der Regierungserklärung mit ihren Meinungen übereinstimmte, für die Plakatierung der sozialistischen Rede.

Die tiefe Bedeutung dieses unscheinbaren Vorganges kann auch durch den allerhöchsten Hohn der internationalen sozialistenfeindlichen Presse nicht aus der Welt gespöttelt werden.

## Die Revolution in Rußland.

### Dialystof.

Das Blut erflarrt einem in den Adern, wenn man die allmählich bekannt werdenden Einzelheiten der drei Dialystoler Schredensstage vernimmt. So lesen wir in der „Lodzjer Zeitung“:

Der größte Teil der getöteten Juden war durch Gewehr- und Revolverkugeln umgekommen. Personen, die von dem Böbel mit Weisen und Stöcken erschlagen wurden, gibt es zirkä 25. Ihre Leichen weisen Spuren eines schrecklichen Todes auf. Außer Spaltungen der Schädel, zahlreicher Zeichen von Fußtritten, zertrümmerten Nasen fand man unter den Toten einen zehnjährigen Knaben, dem ein Fuß abgesägt war. Bei Joel Scheinlach und anderen fand man Nägel im Kopfe, den Augenhöhlen und der Brust; man fand auch ein erwürgtes zweijähriges Kind und die Leiche einer Frau, deren Hände gebunden und mit einigen großen Nussägeln am Unterleibe festgenagelt waren.

An anderer Stelle lesen wir von einem vierjährigen Knaben, dem die Geschlechtsorgane abgeschnitten, von einem Greise, dem die Nase ausgerissen, von . . .

Ein Dialystoler Arzt, der Zeuge der dortigen Vorgänge war, behauptet, daß der eigentliche Urheber der blutigen Vorgänge, der alte pensionierte General Bogdanowitsch sei. Dieser sei Leiter der berüchtigten Schwarzen Bande und habe schon vor Monaten durch Verbreitung von Broschüren und Flugchriften zur Ermordung der Juden aufgefordert.

„Daily Mail“ bringt folgende sensationelle Meldung:

Infolge der Judenmorde haben zwei Regimenter und ein Bataillon Pioniere der Garnison von Obeffa dem dortigen Kommandeur, General Kaukars, formell mitgeteilt, im Falle von Ruhestörungen würden sie keinen Polizeidienst tun. General Kaukars hat sich an das Kriegsministerium um Verwaltungsverfahren gewandt. Unter den Juden, die stark genug sind, den Böbel zurückzuweisen, falls er nicht militärisch unterstützt wird, herrscht über diese Haltung des Militärs große Befriedigung.

Die Berliner jüdische Vereinigung bittet um Bekanntgabe folgender Resolution:

Die von der jüdischen Vereinigung einberufene, von über 2000 Juden besuchte Volksversammlung drückt ihren Absichten gegen die verbrecherischen Verbrechen der russischen Machthaber, die zur Unterdrückung der freireligiösen Bewegung in Rußland Judenmassaker anstifteten. Sie versichert die geknechteten jüdischen Brüder in Rußland treuer Anteilnahme und erwartet, daß die gesamte zivilisierte Welt durch einmütigen Protest und Verweigerung jeder weiteren finanziellen Hilfe diesem frevelhaften Morden Einhalt zu gebieten vermag.

Wir registrieren noch folgendes Telegramm:

Washington, 22. Juni. Der Senat nahm einen Beschlußantrag an, in welchem erklärt wird: Das Volk der Vereinigten Staaten ist entsetzt über die Verbrechen von Mord, die an Juden in Rußland wegen ihrer Rasse und Religion verübt sind. Alle diejenigen, die davon betroffen seien, hätten die herzlichste Sympathie des Volkes der Vereinigten Staaten.

### Die Gärung im Heere.

Die Blätter melden aus Moskau, die Mannschaften der dortigen Garnison hätten in den letzten Tagen Versammlungen abgehalten und sich für die Beobachtung einer korrekten Haltung ausgesprochen, solange die Regierung die Duma nicht auflöse oder sonstige Repressivmaßnahmen ergreife. — Die Zeitung „Duma“ berichtet aus Krasnojarsk, in dem dortigen Schützenregiment seien infolge der Verhaftung eines Soldaten, der den betrunkenen Obersten durch einen Schlag auf den Kopf verwundet, Unruhen ausgebrochen; ein Stabkapitän sei getötet worden.

Aus Sewastopol kommt folgende amtliche Meldung vom 22. Juni:

Am 19. Juni erhielt die erste Kompanie der hiesigen Festungsartillerie Befehl, auf Wache zu ziehen. Andere Kompanien widersetzten sich dem und verhinderten ihre Kameraden unter Mißachtung der Befehle der Offiziere, ihre Karabiner zu nehmen. Durch andere Truppen der Garnison wurde das Bataillon entwaffnet und am 20. Juni nach der nördlichen Küste geschickt.

Dort drangen die Reuter in das Quartier des zweiten Bataillons, zerstörten die Magazine, bemächtigten sich der Gewehre und Munition und zogen gegen die Batterie Jew. Sie wurden aber von Artilleriemannschaften umzingelt und in der Nacht des 20. Juni, nachdem sie einige vergebliche Schüsse abgegeben hatten, ohne Widerstand gefangen genommen und in der Kaserne der Batterie Michel interniert. Das zweite Artillerie-Bataillon hat sich an den Ausschreitungen nicht beteiligt. Später entdeckte man mehrere geladene Gewehre, die auf die Stadt gerichtet waren. Zahlreiche Einwohner an der nördlichen Küste wurden von Panik ergriffen und flohen, doch trat allmählich wieder Beruhigung ein. Weitere Verwickelungen sind nicht zu befürchten.

Scherl und Woffe erhielten folgende Weisung: Warschau, 22. Juni, 1 Uhr 30 Minuten nachmittags. Im hiesigen 10. Sappendebattillon im Bownski-Lager in eine Meuterei ausgebrochen. Zwischen zwei Infanterie-Offizieren und zwei Sappener-Unteroffizieren war es zu einem Zwischenfall gekommen. Die Sappener verweigerten die Ausfolgung der meuternden Genossen sowohl dem Bataillons- wie dem Brigade-Offizier gegenüber. Dem Obersten wurde ein Riegelstein an den Kopf geworfen, wodurch er zu Fall kam. Der Brigadeführer forderte nun abermals die Ausfolgung der Schuldigen. Die Sappener lehnten dieses Verlangen erneut ab, und als die Militärbehörde nun zur Entlassung schreiten wollte, stellten sie Wachen aus und ließen niemand in das Lager hinein. In gleicher Zeit einigten sie sich über ökonomische und politische Forderungen.

Petersburg. Die Lage in Kronstadt ist nach Angabe der Marinekreise sehr gespannt. In Peterhof blickt man mit Unbehagen auf die gefährliche Nachbarschaft Kronstadt, weil es nicht ausgeschlossen ist, daß zufällig ein zwölftägiges Geschick einmal nach Peterhof hineinklingelt. Einige Tage dachte Trepow daran, den Hof nach Jaroslawe Selo übersiedeln zu lassen, bis der Marineminister kategorisch jede größere Revolte für unwahrscheinlich erklärte. Die Jarenskische beabsichtigt, in nächster Zeit auf der Insel „Polarstern“ den schon angekündigten zehntägigen Ausflug nach den finnlandischen Schären zu unternehmen.

Dem „Slovo“ zufolge hat der Kriegsminister dem Jaren am Donnerstag Bericht über die Gärung in der Armee erstattet und erklärt, er befürchte, daß die Mißstimmung in der Armee nicht er-

folgreich unterdrückt werden könne und daß, falls die Duma verlegt wird, die Situation sich gefährlich gestalten könnte!!

### Streiks und Bauernunruhen.

Peterburg, 21. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Auf den Naphthawerken in Wibi-Sibat und Balachany ist ein Teil der Arbeiter in den Ausstand getreten.

Petersburg, 22. Juni. Die Meldungen über neue Bauernunruhen und Streiks mehren sich in bedenklichem Maße und kommen bereits aus allen Gegenden des Reiches.

Peterburg, 22. Juni. Der gestrige Ausstand galt der Erinnerung an den Tag des vorjährigen Blutbades; auf den Friedhöfen wurden flammende Reden gehalten. Heute ist die Arbeit überall wieder aufgenommen, nur drei Fabriken stehen still.

### Die Duma.

Petersburg, 22. Juni. (B. L. V.) Nach Wiedereröffnung der Sitzung herrschte im Hause vollkommene Ruhe. Die Beratung der Interpellationen an die Minister wurde auf morgen vertagt. Das Haus beriet dann einen von 88 Abgeordneten eingebrachten Gesetzentwurf, welcher die Abschaffung jedes Privateigentums verlangt. Ein Antrag, den Entwurf an die Agrarkommission zu überweisen, wurde abgelehnt. Die Abstimmung bedeutet eine Niederlage für die Arbeitspartei.

Das Haus fährt fort mit der Erörterung der Ministererklärungen. Der sozialistische Abgeordnete Kamischwili aus dem Kaukasus erhebt Einspruch dagegen, daß man Interpellationen einbringe über einzelne Verbrechen der Verwaltung, während die Regierung täglich Ungehörlichkeiten sich zuschulden kommen lasse und während das Ministerium des Innern alles in Rußland verschlinge, sogar die Kirche und die Schulen. Der Redner verspottete den Minister des Innern, der gestern den Put gehabt habe, zu sagen, der Lärm im Saale verwirre ihn nicht. Der Minister habe da den berühmten französischen Advokaten Labort kopiert, dieser aber habe sich an die französischen Chauvinisten gewandt, nicht an die Vertreter der Nation! Kamischwili schließt die feindselige Haltung, welche die Duma dem Ministerium gegenüber einnehme, spiegelt noch nicht die viel feindseligere Haltung des Landes wider. — Maschin spricht namens der Arbeitsgruppe sein Ersauern aus über das plötzliche Erscheinen der Minister in der Duma und kommt dann auf die Unruhen in der Armee zu sprechen. Daß die Minister jetzt einen entgegenkommenderen Ton anschlagen, finde seine Erklärung in dem Sinken der russischen Werte im Auslande. „Aber“, fährt Redner fort, „wir wollen uns durch ihre Versicherung nicht täuschen lassen und ihnen erst dann Beifall spenden, wenn sie ihre Entlassung einreichen.“ — Abgeordneter Professor Kowalewsky legt dar, daß der Mangel einer einheitlichen Gewalt in Rußland die Hauptursache der Unruhen sei. Bitte selbst habe dem Redner gestanden, daß er ohnmächtig war während der Zeit seiner Regierungsführung!! Kowalewsky erzählt weiter, er habe an den Minister des Innern geschrieben wegen eines Gefangenen, der Minister habe ihm aber gar nicht geantwortet; jeder ausländische Minister würde schon aus Höflichkeit für einen Abgeordneten geantwortet haben.

Mit großer Mehrheit wird eine von Gredeskal namens der konstitutionell demokratischen Partei beantragte Tagesordnung angenommen, in welcher dem Ministerium das Mißtrauen des Hauses ausgesprochen und sein Rücktritt sowie die Einsetzung eines vor der Duma verantwortlichen Ministeriums verlangt wird.

Wir haben verabsäumt, dem Artikel: „Die beiden tatsächlichen Auffassungen in der russischen Sozialdemokratie“ (1. Beilage von gestern) die Bemerkung voranzusetzen, daß er uns von einem russischen Genossen gesandt ist und dessen Ansicht und — wenigstens nicht in allen Teilen — nicht die der Redaktion wiedergibt. Die Genossen wissen wohl, daß wir uns in die tatsächlichen Gesänge innerhalb der russischen Sozialdemokratie nicht einmischen wollen. Die Redaktion.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Juni.

### Amliche Auskunft.

Die „Deber-Zeitung“ hat unglaublicherweise recht gehabt. Die amtliche Auskunft über die Vorgänge in Südwestafrika ist nicht deshalb ausgeblieben, weil die amtlichen Stellen es nicht nötig hielten, dem deutschen Volke Mitteilung zu machen, sondern weil sie es nicht konnten! Auf die Anfragen des „Vorwärts“ hin hat sich der Amtschimmel in Trab gesetzt und heute endlich kam die Ausbeute seiner Erkundigungsfahrt in der „Nordd. Allg. Ztg.“ abgelagert werden. Lang genug ist die Erklärung geworden, den Inhalt ist dagegen weniger imponierend. Das offiziöse Blatt gibt bekannt:

Die telegraphischen Ermittlungen, welche auf Grund der vom „Vorwärts“ gebrachten Mitteilungen über erste Fälle von Meuterei in der Schutztruppe für Südwestafrika, bei dem Kommando dieser Schutztruppe sofort angestellt worden sind, haben folgendes ergeben:

1. Seit Beginn des Aufstandes sind Fälle tatsächlichen Vergehens an Offizieren nicht vorgekommen.

2. Das für den Norden (nördlich der Linie Gobeis-Windhuf) zuständige Gericht hat dieses Jahr zwei Fälle von Aufruhr bezw. Meuterei, begangen von Mannschaften gegen Portepeeunteroffiziere, abgeurteilt.

Im ersten Falle handelt es sich um schwere Ausschreitungen von Leuten der 5. Proviantkolonne der III. Kolonnenabteilung in einer Schlägerei mit einem Mann der Stationsbesatzung von Kapo-Farm der Windhuf, in deren Verlauf ein Reiter so schwer verletzt wurde, daß er an den Folgen der ihm beigebrachten Verletzungen starb.

Der herbeigerufene Wachtmeister der Proviantkolonne versuchte zunächst persönlich die Leute zur Vernunft zu bringen und holte dann, als er sah, daß die Leute seiner Aufforderung, auseinanderzugehen, nicht nachkamen, eine Patrouille zum Tatort. Als die Leute auch angesichts dieser Patrouille dem Befehl, sich zur Kolonne zu begeben, nicht nachkamen, ließ der Wachtmeister die schuldigen fünf Leute festnehmen und abführen.

An dem Wachtmeister selbst und dem die Patrouille befehlighenden Unteroffizier hat sich keiner der verhafteten Leute vergriffen.

In diesem Falle sind verurteilt worden: zwei Leute wegen gefährlicher Körperverletzung und militärischen Aufrehrs im Felde zum Tode, zwei Leute wegen militärischen Aufrehrs im Felde zu zwei Jahren Gefängnis, ein Mann wegen gefährlicher Körperverletzung zu zwei Monaten Gefängnis. Der Mann, welcher die tödliche Verletzung dem verstorbenen Reiter beigebracht hatte, wurde freigesprochen, da er erwiesenermaßen in der Nothwehr gehandelt hat.

Die Todesstrafen sind noch nicht vollstreckt, weil die Richter des Kriegsgerichts von der Allerhöchsten Gnade die Umwandlung der erkannten Todesstrafe in eine angemessene Freiheitsstrafe erbitten haben.

In dem zweiten Falle sind nach der telegraphischen Meldung des Kommandos wegen Aufrehrs bezw. Meuterei drei Reiter zum Tode, vier zu längerer Gefängnisstrafen verurteilt worden. Einzelheiten über diesen Fall sind eingefordert, aber noch nicht eingegangen. Offiziere sind auch an diesem Fall nicht beteiligt.

3. Bezüglich eines im Süden von dem zuständigen Gericht ergangener Urteile steht eine Meldung noch aus.

Bei dieser Gelegenheit wird darauf hingewiesen, daß die ergangenen Urteile hier der amtlichen Stelle erst bei Ueberführung der Beurteilten in die Heimat zum Zwecke der Strafvollstreckung zu Kenntnis kommen, da die Befähigung aller kriegsgerichtlichen Urteile durch die Gerichtsberrren im Schutzbiet erfolgt, soweit es sich nicht um die dem Kaiser vorbehaltene Bestätigung im Falle

der Beurteilung von Offizieren, Sanitätsoffizieren und oberen Militärbeamten zum Tode, Entfernung aus dem Heere oder Dienstentlassung handelt.

Einschließlich elf mit dem nächsten Heimtransport angemeldeter Strafgefangener (worunter sich wahrscheinlich die im oben angeführten zweiten Fall Beurteilten befinden) sind seit Beginn des Aufstandes im ganzen 57 Militärstrafgefangene nach Deutschland zur Strafvollstreckung übergeführt worden. Diese Zahl kann bei der Stärke der Schutztruppe (jetzt 15 000 Mann, im ganzen waren aber 19 000 Mann einschließlich der Heimgelehrten im Schutzbiet) und bei der Dauer des Feldzuges keine hinsichtlich der Disziplin besorgniserregende genannt werden. Die Höhe der Strafen findet ihre Erklärung in der Schwere der Kriegsgefehe.

Diese amtliche Auskunft gibt sich selbst als unvollständig; über den Süden weiß sie nichts, über den Zustand des zweiten schweizeren Falles von militärischem Aufrehr auch nichts, es wird lediglich angegeben, daß dabei keine Angriffe auf einen Offizier vorgekommen sind. Aber das sind noch die kleinsten Lücken der Auskunft. Weit bedenklicher ist, daß sie mit keinem Worte auf die von uns angeführten Behauptungen der Soldatenbriefe über Soldatenmißhandlungen und Soldatenschikanierungen durch Vorgesetzte eingeht, keine Antwort gibt auf die Frage, ob etwa eine größere Zahl solcher Vergehen der Vorgesetzten die Aufruhrreite der Mannschaften provoziert haben, noch in welchem Zusammenhang diese Fälle mit der Annahme älterer Schutztruppen stehen, sie hätten ihre Zeit abgedient und Anspruch auf Ablösung! Auf alles das geht die „Nordd. Allg. Ztg.“ mit keinem Worte ein. Und diese Fragen waren sicherlich nicht die unwichtigsten unseres Artikels vom 12. Juni! Statt einer Antwort erhalten wir eine Verhöhnung, wonach die 57 Fälle von Aufruhr nicht in ungewöhnlichem Verhältnis zu Truppenzahl und zu den Umständen stehen, da sie nur wenig den Prozentsatz im Frieden überschreiten. Eine sehr tröstliche Versicherung!

Schier unglücklich aber ist das andere, was diese Auskunft mittelbar verrät! Also am 13. Juni wußte die Regierung noch nicht, was deutschen Bürgern mitgeteilt wurde in Soldatenbriefen, die vom Ende des Monats April stammen. Sie erfährt die Beurteilungen erst, wenn die Verurteilten hier zur Strafverbüßung eingeliefert werden! So ist man also in der Kolonialabteilung und im Reichsfinanzamt über die Verhältnisse der Schutztruppe in Südwestafrika orientiert. Eine wahrhaft lebendige Fühlung! Der Reichsminister, der nach einem Bericht der Scherl-Presse die Mißstände in der Kolonialverwaltung radikal auszurufen befohlen hat, hätte hier einen Punkt, wo er mit Reformen einsetzen könnte.

Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ bringt in ihrer heutigen Abend-Ausgabe noch eine zweite Ueberraschung. An der Spitze wird in auffälliger Schrift flammende, sittliche Enttäuschung über die Tatsache ausgesprochen, daß die „Germania“ und die „Freis. Ztg.“ sich in Artikeln über die Affäre Puttkamer auf einen Bericht haben beziehen können, den der Geh. Legationsrat Rosen in besagter Angelegenheit dem Reichskanzler erstattet hat. Das könne nur durch eine schwere Verletzung der Amtverschwiegenheit möglich geworden sein. So wird, also zugegeben, daß die Angaben der beiden Blätter über den Inhalt des Berichts richtig sind; zum Ueberfluß wird das noch bestätigt durch folgende Ausführungen des offiziellen Blattes:

Was nun die Wiedergabe seines Inhalts in der „Freisinnigen Zeitung“ betrifft, so bemerken wir zunächst, daß ein von der „Freisinnigen Zeitung“ und der „Germania“ als besonders auffällig behandeltes Satz in dem Original nicht enthalten ist, der Satz nämlich: „Nach einem Berichte des Gouvernements sei Herr v. Puttkamer laut anliegender Nachweisung lediglich ein Reisespottformular mit dem Stempel des Gouvernements zugestellt worden.“ Dieser Satz findet sich jedoch — nicht wörtlich, aber inhaltlich — in einem am 31. Mai, also erst nach Abfassung der Aufzeichnung für den Reichskanzler eingegangenen Berichte des Gouvernements in Buea. Abgesehen von diesem aus einem anderen Berichte entnommenen Zusatz treffen die Angaben der „Freisinnigen Zeitung“ über den Inhalt des für den Reichskanzler bestimmten Berichts der Kolonialabteilung im wesentlichen zu.

Wir haben hier also die amtliche Bestätigung, daß der Rosen'sche Bericht die famose Ausführung enthielt, ein Disziplinarverfahren gegen v. Puttkamer sei nicht angehängt, weil Herr v. Puttkamer selbst die Einleitung eines Verfahrens gegen ihn nicht für wünschenswert halte!

Als Gegengift gegen dieses notgedrungene Eingeständnis enthält der Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ die Meldung:

„Für Aufklärung der gegen den Gouverneur v. Puttkamer erhobenen Vorwürfe hat dieser selbst die Einleitung einer Disziplinaruntersuchung gegen sich beantragt.“

Jesus hat also geruht, seine Meinung etwas zu ändern. Und nun, da er's erlaubt, wird also die Untersuchung eingeleitet werden. Ob es zu einem Verfahren kommt, ist abzuwarten.

Sicher ist aber dafür ein Verfahren gegen einige Beamte der Kolonialabteilung. Die „Nordd. Allg. Zeitung“ teilt darüber mit:

„... Schon frühere Vorkommnisse haben den Eindruck hinterlassen, daß Beamte der Kolonialabteilung große Vertrauensbrüche begehen.“

Gegen ein solches inneres Uebel einer deutschen Behörde muß mit aller Schärfe vorgegangen werden. Auf Antrag des Leiters der Kolonialabteilung hat der Reichskanzler bestimmt, daß die Sache der königlichen Staatsanwaltschaft zur weiteren Ermittlung und Verfolgung der pflichtvergeßenen Beamten übergeben werde. Sollte dieser Weg nicht zum Ziele führen, so wird eine Erneuerung des Beamtenkörpers der Kolonialabteilung ins Auge zu fassen sein.“

Dies Verfahren gegen die Beamten hat prompt eingeseht. Am Donnerstagabend hat in der Redaktion und Expedition der „Freis. Ztg.“ eine polizeiliche Haus-suchung stattgefunden.

Der Erste Staatsanwalt bei dem Berliner Landgericht I hat ein Strafverfahren „wider Göz und Schneider“ wegen Vergehens gegen § 153a des Strafgesetzbuches eingeleitet. In der Kolonialabteilung sind ein Kanzleirat Schneider und ein Geheimer expedierender Kalkulator Schneider, sowie ein Geheimer Registraturassistent Göz ange stellt. Die Haus-suchung hat natürlich zu keinem Ergebnis geführt.

Es wird also plötzlich viel Energie von der Regierung aufgebracht. — Aber nicht etwa gegen v. Puttkamer! —

### Klassen-Kirche.

Der Fall Storell gibt dem „Berl. Tagebl.“ Anlaß, an die Glückwunschkadresse zu erinnern, die eine Anzahl englischer Geistlichen nach dem Ausfall der letzten englischen Parlamentswahl, die bekanntlich der Arbeiterpartei 30 Sitze einbrachte, an den Vorstand dieser Partei richteten:

„Es war schon seit vielen Jahren“, heißt es in dieser Adresse, „unser Wunsch, daß im großen Rat der Nation die Stimmen

der Arbeit voll zu Gebör komme. Wir freuen uns, daß bei der letzten Wahl ein bedeutender Schritt getan ist, um das Haus der Gemeinen wirklich zu dem zu machen, was es bisher nur dem Namen nach war: das Haus des Volkes. . . . Wir, die wir unter der industriellen Bevölkerung gelebt und gewirkt haben und wissen, unter welchen Bedingungen sie zu leben und zu arbeiten genötigt ist, wünschen ferner unsere volle Zustimmung zu der Art auszusprechen, in welcher die soziale Frage von der Arbeiterpartei im letzten Wahlkampf in den Vordergrund gestellt worden ist. Wir bitten alle Gewählten ernstlich, ihren Einfluß auszunutzen, um die dringend nötige Entwicklung des geschichtlichen Fortschritts in der Industrie zu beschleunigen, unser höchst unvollkommenes soziales System in vollkommenere Formen überzuführen, sich zu bemühen, die anarchischen Unordnungen in der industriellen Welt zu überwinden, kurz die politische Revolution des 19. Jahrhunderts in die ökonomische Revolution des 20. Jahrhunderts zu überführen.

Die Adresse mit ihrer Erklärung zugunsten der ökonomischen Revolution des 20. Jahrhunderts war nicht von Geistlichen kleiner englischer Sekten, sondern von 120 Geistlichen der englischen Staatskirche unterzeichnet. Dennoch ist damals von den kirchlichen Vorgesetzten, soweit bekannt geworden, nicht das geringste gegen die Völkerei und Kuraten, die diese Gratifikationen unterzeichnet hatten, unternommen worden. Und wie in England, finden wir auch in der Schweiz manche protestantischen Pfarrer, die nicht nur mit der Sozialdemokratie sympathisieren, sondern offen als Kämpfer in ihre Reihen eingetreten sind und in Volksversammlungen und parlamentarischen Körperschaften sozialdemokratische Anschauungen verkünden.

Im neuen Deutschen Reich hat allerdings die Entwicklung eine andere Richtung genommen. Die schönen protestantischen Definitionen von dem Zweck der Kirche klingen heute fast wie bitterer Spott. Aus der sogenannten „Gemeinschaft der Gläubigen“ ist längst eine politische Anstalt zur Stützung des reaktionären Regiments, zur Aufrechterhaltung der göttlich-kapitalistischen Weltordnung und zur Niederhaltung der arbeitenden Masse geworden. Im Gegensatz zu den Anschauungen der oben genannten englischen Geistlichen, welche die heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung als „anarchische Unordnung“ bezeichnen und zu deren Beseitigung die Fortsetzung der politischen Revolution des 19. Jahrhunderts durch die ökonomische Revolution des 20. Jahrhunderts fordern, betrachten die wohlbestallten Diener der deutschen evangelischen Landeskirchen es meist als ihre Aufgabe, die kapitalistische Wirtschaftsordnung als „Gottesordnung“ zu preisen und durch Betrüftung auf das bessere Jenseits die Arbeiter zu mahnen, sich entsagungsboll in das irdische Diesseits zu schiden. Daneben dürfen die Diener des Herrn sich nur noch insofern politisch betätigen, als sie bei den Wahlen für die Regierungskandidaten agitieren oder in konservativen Blättern über die Unfruchtbarkeit der Arbeiterschaft philosophieren; jedes Eintreten für sozialdemokratische oder eingeschobene liberale Kandidaten ist ihnen dagegen verwehrt. Zwar gab es einst auch in Preußen eine Zeit, wo ein Teil der protestantischen Geistlichen sich gegen die Zumutung der Reaktion, religiöse Gendarmendienste zu leisten, auflebte und auf der Wülfle der „soziale Pfarrer“ austauchte. Doch diese Zeiten sind längst vorüber. Die meisten, die einst mit idealistischem Eifer sich gegen die ihnen gestellten Aufgaben wandten, haben unter dem Druck ihrer Aufsichtsinstanzen einsehen gelernt, daß „christlich sozial“, in diesem Sinne genommen, Unsinn ist.

Das Erkenntnis des großherzoglich heftigen Oberkonsistoriums illustriert trefflich diesen Charakter der Kirche als Masseninstitution. Der Pfarrer Kroll hat nicht deshalb einen Verweis erhalten, weil er sozialistische Anschauungen vertreten hat, auch nicht, weil er für den sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt hat — er war am Stichwahltag gar nicht im Wahlkreise —, auch nicht, weil er die Stichwahlparole des liberalen Wahlausschusses befürwortete oder sich zugunsten des sozialdemokratischen Kandidaten Vertheidigung ausgesprochen hat, sondern lediglich, weil er gegen diese Parole, an der er gänzlich unbeteiligt war, nicht öffentlich aufgetreten ist. Schon das Nichtaufreten gegen die Sozialdemokratie wird also vom Konsistorium als Verletzung der geistlichen Amtspflicht angesehen. Das ist deutlich. Die Arbeiterschaft wird sich diese Charakterisierung der Kirche als Institution zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Klassenherrschaft merken — und daraus ihre Folgerungen ziehen.

### Zur Wahlrechtsbewegung im Herzogtum Altenburg.

Aus Altenburg wird uns geschrieben: Die Wahlrechtsbewegung in Sachsen-Altenburg zur Erringung des gleichen Wahlrechts fand in der Abhaltung von vierzig Volksversammlungen am vergangenen Sonnabend, Sonntag und Montag ihren einseitigen Abschluß. In allen Versammlungen wurden gleichlautende Resolutionen, die an die Regierung und den Landtag abgeschickt werden, angenommen.

Seit dem Jahre 1848 hat Altenburg keine Volksbewegung mehr erlebt, die sich mit der Forderung auf gleiche, geheimes, direktes und allgemeines Wahlrecht besetzte. Es gab überhaupt seit 1848 keine Volksbewegung mehr im Altenburger Ländchen, und wäre die Sozialdemokratie nicht, so würde sich in diesem Duobezirkte, der einstmals eine sehr freigeistlich gesinnte Bevölkerung hatte, überhaupt nichts rühren. Von bürgerlicher Seite wurde nur noch einmal seit 1848 der Versuch unternommen, das allgemeine gleiche Wahlrecht zur Einführung zu bringen. 1877 stellte ein Gerichtsamtman aus Ronneburg, namens Hauschild, den Antrag, die Regierung aufzufordern, ein neues Wahlgesetz zur Vorlage zu bringen, das den Grundfäden der konstitutionellen Monarchie entspreche. Der Antragsteller erklärte nämlich, daß das geltende Wahlgesetz immer noch auf der ständischen Dreiteilung des Volkes in Rittergutsbesitzer, Bauern und Stadtbewohner beruhe, was auch seine Wichtigkeit hat. Der Antrag wurde natürlich glatt abgelehnt, ebenso der sozialdemokratische Antrag von 1897.

Die Tätigkeit der Sozialdemokratie im Altenburger Landtage, in dem sie schon seit 1880 vertreten ist, beschränkte sich bisher fast ausschließlich darauf, das Wahlverfahren zu vereinfachen. Dant ihrer unablässigen Kritik hat sie auf diesem Gebiete auch schon wesentliche Erfolge zu verzeichnen. Jetzt soll es aber endlich wieder in nachdrücklicher Weise auf das Ganze losgehen.

Die Rückwirkung der Wahlrechtsbewegungen im übrigen Deutschland macht sich aber schließlich auch hier bemerkbar. Die Stimmung unter der entrechteten Industriearbeiterschaft ist eine vorzügliche. Die Versammlungen in den Städten Altenburg, Eisenberg, Schmolln, Gönnitz, Ronneburg, Neuselwitz und Nahlburg waren alle sehr stark besucht, zum Teil waren sie, so in Altenburg und Eisenberg, überfüllt. Auf dem Lande war der Verlauf weniger befriedigend, der Heuernte und anderer ähnlicher Ursachen wegen. In Anbetracht aller Umstände haben wir auf dem Lande auch keine

Massenversammlungen erwartet, und für den Anfang kann die Partei zufrieden sein, daß ihr überhaupt nicht alle Landesversammlungen bereitet wurden. Es hat sich in verschiedenen Fällen nämlich zugetragen, daß in letzter Stunde noch Versammlungssäle abgetrieben wurden.

Im Gegensatz zur bürgerlichen Presse in Preußen und Sachsen, die im Januar und März die Wahlrechtsbewegung mit ihrem eilen Geifer befudelte, verhielt sich die bürgerliche Presse in unserem Ländchen zu der ganzen Aktion völlig ruhig. Sie schweig, soweit es auf sie ankam, die Bewegung tot, und sie brach dieses Schweigen erst teilweise am letzten Tage vor den Wahlrechtsversammlungen durch eine Bierzeilen-Notiz. Auch heute noch beharrt sie dieses Schweigen. Nicht einmal zu schnodderigen Notizen hat sie sich aufgeschwungen. Es scheint eine geheime Parole ausgegeben worden zu sein, so wenig wie möglich von der unangenehmen Sache zu reden. Die Drahtzieher hinter den Kulissen werden bald zu der Heberzeugung kommen, daß dieses geniale Totschweigen zu nichts führt.

Nachdem die Versammlungsaktion beendet ist, gehen die Parteigenossen im ganzen Lande an das Sammeln von Unterschriften für eine Petition, die an den Landtag und die Regierung gerichtet wird und in der um Erlaß eines Gesetzes gebeten wird, das sich mit den Forderungen der Resolution der Wahlrechtsversammlungen deckt. Das wird noch das schwerste Stück Arbeit werden, aber bei dem Eifer, der allenthalben zutage tritt, wird der Erfolg nicht ausbleiben. Tritt dann im Herbst der Landtag zusammen, so findet er einige Dutzend Wahlrechtsresolutionen und eine mit vielen Tausenden Unterschriften versehene Petition vor, und dann heißt es Farbe bekennen. Die im nächsten Frühjahr stattfindenden Landtagswahlen werden dann unter der Parole des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts erfolgen. Sie werden der Partei, die heute schon über die Hälfte der Stimmen der dritten Abteilung auf sich vereinigt, sicherlich neue Freunde zuführen und sie verstärkt in den Landtag einziehen lassen.

## Deutsches Reich.

Zum geplanten Wahlrechtsraub in Leipzig, von dem wir gestern meldeten, schreibt man uns: Aus reiner Sozialistenfurcht hat man vor 10 Jahren das allgemeine Wahlrecht im Eiltempo gemacht und das Dreiklassenwahlrecht eingeführt, das der Klasse von „Bildung“ und Besitz die Herrschaft im Stadtparlament und -regiment sichern sollte. Von den 72 Stadtverordnetenmandaten wählte die ansehnliche national-liberale Plutokratie in der I. Klasse 24 Vertreter, die sich aus verschiedenen Gruppen zusammensetzenden Mittelständler, denen sich auch die Hausbesitzer angeschlossen haben, in der II. Klasse ebenfalls 24, und die gleiche Zahl Vertreter blieb in der III. Klasse für die große Mehrheit der Arbeiterwählerschaft beschränkt. Weil sich nun die Plutokratie in ihrem Besitzstande durch die Mittelständler und Hausbesitzer bedroht sieht, was ihr übrigens schon bei der Schaffung des Dreiklassenwahlrechts von der Sozialdemokratie prophezeit worden ist, sucht sie ihren Einfluß durch eine weitere Verkleinerung des Wahlrechts zu sichern.

Im Auftrage der Reichspartei mußte vor einiger Zeit der Verein der „Festbesetzten“ eine Petition an das Kollegium richten, das Wahlrecht zu ändern. Der Coup mißlang. Mit Zweidrittelmehrheit wurde vom Kollegium ein Eingehen auf eine Aenderung des Wahlrechts abgelehnt.

Nun blieb dem Räte nichts übrig, wollte er den Auftrag seiner Hintermänner ausführen, der freilich auch seiner eigenen Ansicht entspricht, als selbst eine Wahlrechtsvorlage auszuarbeiten. Man versiel auf das berufsständische Wahlrecht. Danach würde sich die Vertretung der Wählerschaft in folgender Weise verteilen: Der Teil der Bürgerschaft, der nach den Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes versicherungspflichtig ist, und das ist die große Mehrheit der wahlberechtigten Bürger, soll zwölf Vertreter wählen dürfen, die übrigen fünf Sechstel der Mandate werden fünf anderen Gruppen überlassen und zwar so, daß der Plutokratie der Hauptteil zufällt; die Hausbesitzerpartei fällt als selbständige Gruppe vollständig weg. Nach dem jetzigen Wahlsystem muß die Hälfte der Vertreter überhaupt Hausbesitzer sein.

Ueber die Wirkung dieser Wahlrechtsräuberei auf die Bevölkerung sind sich die Herren nicht im unklaren, deshalb soll der Raub in spätestens vier Wochen, also noch vor den Ferien, in Sicherheit gebracht werden, damit keine Zeit zur Gegenwehr vorhanden ist. Aber die Leipziger Arbeiterschaft wird trotz der kurzen Frist mit den Herrschaften Front zu reden wissen, daß ihnen Hören und Sehen vergehen soll.

**Patriotische Manifestationen.** Die Fahrt der deutschen Journalisten nach England scheint sich zu einer Art Guldigungsfeier auszuwachsen. Wie der Wolffsche Telegraph meldet, brachte gestern bei dem Festmahl Lord Avebury einen Trinkspruch auf König Edward aus. Niemand habe mehr als der König dazu beigetragen, führte der Redner aus, freundschaftliche Beziehungen zu fördern. Dann toastete Lord Croxson auf den deutschen Kaiser und erklärte, alle Herzen seien von warmen Empfindungen für gute Beziehungen zum deutschen Volke erfüllt. Die Musik spielte „Heil Dir im Siegerkranz“. Der Lordkanzler trank alsdann auf die Freundschaft zwischen Deutschland und England und führte aus, er kenne in England keine verständigen Leute, die nicht freundschaftliche Beziehungen zwischen beiden Nationen wünschten, die Blutsverwandte seien, niemals Streit gehabt und nie die Schwerter gekreuzt, dagegen oft in derselben Schlachtreihe gestanden hätten. Darauf erwiderte der deutsche Botschafter Graf Wolff-Metternich mit einer Rede: Die Worte des Lordkanzlers atmen Freundschaft und Wohlwollen für unser Volk; sie sind durchdrungen von jenem Geiste stolzer Ideale und von dem gesunden Menschendenken, die beide die leitenden Gesichtspunkte in den Beziehungen der beiden großen Nationen sein sollten, von deren Existenz das Gedeihen und die Fortdauer unserer gegenwärtigen Kultur, sowie das Wohlergehen der Welt abhängt.

**Wahlverwandte Sekten.** Im Wahlkreise Hofgeismar-Minteln sind sich die die Palme des Sieges ringenden beiden antisemitischen Bruderparteien, die Reformpartei und die Liebermannschen „Freideutschen“ in die Haare geraten und sagen sich gegenseitig die schönsten Wahrheiten. Das Organ der Liebermannschen Richtung hat nämlich jüngst geschrieben:

„Das sind nämlich so einige Liebermannschen, die sich für auserscheiden halten, den schmählich verarbeiteten Antisemitismus aus dem deutschsozialen Sumpfe herauszuziehen, wozu ihnen in zwischen der offizielle Segen der „Reformpartei“ zuteil geworden ist. Jetzt haben wir es also auch mit einem reformerischen Gegner zu tun. Und kann es nur recht sein, wenn diese Herren alleamt den Freunden im Lande einmal ganz handgreiflich zeigen, wie notwendig seinerzeit die Trennung von ihnen war, und wie fürchten auch nicht, daß solche Kinder der Erde noch viel Unheil anrichten können. Aber die eine Folge werden und sollen sie haben: Wir werden dieser Querulantengruppe durch positive Arbeit zeigen, daß wir stark und daß sie — es nicht sind. Wir wollen ihnen die Neigung zu größeren Dummheiten recht gründlich und möglichst ein für allemal austreiben.“

Darauf antwortet die „Deutsche Rundschau“, das Blatt der Reformpartei:

„Die Behauptung, eigentlich sei nicht Berner, sondern Herr v. Liebermann in den Jahren 1890 und 1893 der Sieger im Wahlkreise Minteln-Hofgeismar-Wolfhagen gewesen, kann bei allen Kennern der Verhältnisse nur helle Heiterkeit auslösen. Wir lassen selbstverständlich einem alten Herrn, der auf seine Art ganz tapfer, wenn auch ohne wesentliche Erfolge, im Leben gekämpft hat, gern das Vermögen, sich den Rest seiner

Tage mit holden Musikchen und harmlosen Reklamemysterien zu verleben. Beide haben recht!

**Marinistisches.** Die „Köln. Ztg.“ weiß von neuen Veränderungen in den höheren Kommandostellen der Marine zu berichten, die zum Beginn der Kieler Woche vollzogen werden sollen. Großadmiral v. Köster tritt in den Ruhestand. Ferner tritt in der Führung des zweiten Geschwaders und des Verbandes der Aufklärungsflotte ein Wechsel ein. Dadurch, daß Prinz Heinrich Chef der aktiven Schlachtflotte werden wird, ist auch eine Reubesetzung des Stationskommandos Kiel nötig, während Admiral v. Bendemann das Kommando der Nordsee-Station in Wilhelmshaven behält. Des weiteren wird ein Wechsel in der Leitung des technischen Departements des Reichsmarineamts erwartet, da der bisherige Chef ein höheres Kommando in der aktiven Schlachtflotte übernehmen soll.

**Gestorben für das „größere“ Deutschland.** Umtliche Meldung Gestorben Rathhaus Koch, geboren am 23. 4. 82 zu Heuchlingen, am 18. Juni 1906 im Lazarett Bindhof an Lungentzündung gestorben. Leutnant Paul Clebe, geboren am 29. 2. 80 zu Essen, am 18. Juni 1906 an Bord des Dampfers „Gertrud Boermann“ an Typhus verstorben. Leutnant Karl Seebor, geboren am 22. 8. 83 zu Lohr, am 17. Juni 1906 im Feldlazarett Lüderichsbuch an Nierenentzündung gestorben.

## Ausland.

### Oesterreich.

#### Die Regierung und der Massenstreik.

Wir lesen in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“: Die Steyermühlblätter verbreiteten heute die Nachricht, daß morgen, Donnerstag, der Massenstreik in Wien beginnen werde. Woher die Nachricht stammt, ist uns unbekannt. Es scheint, daß es Leute gibt, die es nicht erwarten können, daß der Kampf beginnt. Jedenfalls können die Journalisten und die Abgeordneten, die dergartige Gerüchte kolportieren, überzeugt sein, daß sie es früh genug erfahren werden.

Auch die Regierung scheint gefürchtet zu haben, daß das Gerücht wahr sei. Wie wir erfahren, ist das in St. Pölten stationierte Infanterieregiment telegraphisch nach Wien beordert worden. Außerdem sollen die Mannschaften der Militärbädereien und des Eisenbahnerregiments Auftrag bekommen haben, sich bereit zu halten. Daß die Regierung, wenn sie vom Massenstreik hört, zunächst an das Militär denkt und nicht an den Wahlreformauschuß, ist bezeichnend genug. Aber sie möge sich gefast sein lassen, daß auf die Durchführung des Massenstreiks keinerlei Truppenkonzentration, sondern ausschließlich der Fortgang im Wahlreformauschuß Einfluß haben kann.

### Schweiz.

Das neue Schandgesetz gegen den Antimilitarismus, das der Bundesrat den eidgenössischen Räten unterbreitet, ist begleitet von einer Volkssache, die den Traditionen unserer Fremdenpölyei alle Ehre macht. — Der Vorsteher des Justizdepartements, Bundesrat Dr. Bremser von Basel, schaltet und waltet in seinem Ressort womöglich noch reaktionärer und verwerflicher, als es seinerzeit das Patriziat von Bern, Freiburg, Solothurn und die Züricher Juristiaristokratie getan hat.

Der Bundesrat motiviert seine Vorlage nicht nur mit der Gründung der antimilitaristischen Liga, sondern er bezieht sich auch auf den Beschluß des sozialdemokratischen Parteitagess vom 10. Februar 1906 in Olten, wonach den Soldaten angeraten wird, den Gehorsam zu verweigern, wenn an sie der Befehl ergeht, streikende Arbeiter anzugreifen oder gegen sie die Waffe zu gebrauchen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die sozialdemokratische Partei es sich zur Ehrenpflicht machen muß, dieses neue Maulkrattengesetz mit aller Wucht zu bekämpfen — bedeutet die Vorlage doch nichts anderes als die freche Wiederaufnahme des Bundesgesetzes vom 12. Dezember 1902, das in der Volksabstimmung vom 26. Oktober 1903 mit 264 085 „Nein“ gegen 117 694 „Ja“ verworfen wurde. Der einzige Unterschied zwischen der verworfenen und der neuen Vorlage liegt erstens darin, daß im Gesetz von 1902 vom „Anfassen und Verleiten“ im allgemeinen die Rede war, während der neue Entwurf die Strafandrohung auf „öffentliche Aufreizung zu Dienstpflichtverletzungen“ beschränken will. Der zweite Unterschied liegt in einer wesentlichen Verschärfung der Strafen! Im ersten Gesetz war festgesetzt, daß Geldbußen oder Gefängnisstrafen ausgesprochen werden können, im neuen dagegen sollen alle „Delikte“ mit Gefängnis bestraft werden.

Wenn die Antimilitaristen die Situation vor der Abstimmung nicht allzu sehr verpölyen, unterliegt es kaum einem Zweifel, daß auch dieses neue Maulkrattengesetz vom Volke mit Wucht verworfen werden dürfte.

### Die Affäre Goldstein-Loher-Sulger vor dem Züricher Kantonsrat.

Zürich, 20. Juni. (Eig. Ber.) Die kompakte kapitalistisch-agrarische Majorität des Züricher Kantonsrates hat wieder einmal eine ihr unbecqueme Affäre durch einen kleinen Staatsstreich aus der Welt geschafft. Der frühere Erziehungsdirektor Regierungsrat Loher hatte infolge der verlogenen Denunziation des an der Züricher Universität studierenden Sohnes des Schuhfabrikanten Wally, den Privatdozenten Dr. Goldstein in höchst beleidigender Weise behandelt, weil er angeblich mit seinen Hören einen Besuch in der Sulgerischen Maschinenfabrik in Winterthur zu sozialistischen Zwecken mißbraucht haben sollte. Eine gerabezu peinliche Untersuchung ergab die völlige Grundlosigkeit der Denunziation, und da dann Loher die von Goldstein geforderte Genugtuung verweigerte, wandte dieser sich mit einer umfangreichen Beschwerde, die in Form einer Broschüre die Akten des Falles enthält, an den Züricher Kantonsrat, d. h. verklagte den Teufel bei seiner Großmutter. In der Sitzung vom Montag, in der darüber verhandelt wurde, kam die materielle Seite der Affäre, die wegen der Vereinträchtigung der Lehrfreiheit an der Universität und der anständigen Behandlung der Lehrer durch die Regierung sehr wichtig ist, gar nicht zur Sprache; man ritt auf der formellen Seite herum, die dadurch verlegt worden sei, daß sich Goldstein nicht zuerst an die Regierung gewandt habe. Trotzdem unsere Genossen Lang, Crisman, Dr. Farbstein, Haukner und Greulich, ferner die Demokraten Oberdichter Dr. Sträuli und Redakteur Dr. Wettstein für die materielle Behandlung der Beschwerde eintreten, wurde sie formal mit 145 gegen 60 Stimmen abgewiesen und so das Recht aus „formellen Gründen“ verweigert. Den Dorf- und Stadtmateuren im Züricher Kantonsrat kommt es auf eine Gemeinschaft mehr oder weniger nicht an; diese Leute sind wirklich zu allem fähig.

### Norwegen.

#### Keinen Kuhhandel.

Die bürgerlichen Parteien Norwegens gehen der Neuwahl des Stortingss in heilloser Verwirrung entgegen. Der allbewährte Agitationsstoff der Linken, der Unionsstreit mit Schweden, ist aus der Welt geschafft, ohne daß man einen brauchbaren Ersatz dafür fand. Die Herren von der Rechtenpartei, ehemals die Schutztruppe des Schwedenkönigs, haben ja in den letzten Jahren den Kampf für die Unabhängigkeit von Schweden mitgemacht und schließlich mitgeholfen, den alten Oskar abzusetzen und den neuen König heranzugublen; sie sitzen jetzt aber wieder, aller Zukunftsideale bar, auf dem Troknen. Die Parteiuerschiede sind verwischt, und es hilft nichts, daß die Führer sich antzengnen, den alten Gegensatz zwischen Rechten und Linken, Konservativen und Radikalen, aufrecht zu erhalten. Innerhalb der Parteien fühlt und weiß man, daß das zwecklos ist. Konservative Wahlvereine stellen ausgesprochene Linkenmänner als Stortingsskandidaten auf, und Linkenvereine übertragen die Kandidatur in ihren Kreisen halbwegs liberal angehauchten Konservativen. Rechts oder links, hier ist alles eins.

In leuchtendem Gegensatz dazu steht die Wahlkraft der Sozialdemokratie, wie sie zu Ostern auf dem Parteitag in Kristiania beschlossen wurde und jetzt konsequent durchgeführt wird. Keine Allianzen mit bürgerlichen Parteien! Das ist der Grundsatz, und dieser Grundsatz erscheint jetzt um so mehr berechtigt, als die bürgerlichen Parteien sich so entschieden zu einer reaktionären antisozialistischen Partei verwanbelt haben, daß sie nur noch des Ansehens halber ihre Parteinaumen beibehalten.

In einem Leitartikel, „Keinen Kuhhandel“ überschrieben, propagiert „Social-Demokraten“ ohne jede Einschränkung den Grundsatz der durchaus selbständigen Wahlkraft und wendet sich entschieden sowohl gegen allgemeine wie lokale Bündnisse und Abmachungen mit anderen Parteien. Der Artikel schließt:

Das, was unsere Partei zum Siege führen soll, ist, daß die Wähler nach und nach verstehen und erkennen lernen, daß die Arbeiterpartei eine feste Einheit ist, hervorgegangen aus der Ungerechtigkeit der Klassengesellschaft, mit einem starken Willen, ihr Ziel zu erreichen, und mit der festen Ueberzeugung, daß es nur eine Frage der Zeit ist, wann die Arbeiter und kleinen Leute sich in großer Zahl mit uns vereinen, daß wir die Macht gewinnen, unsere Forderungen durchzuführen.“

### China.

#### Sühne ohne Statvergehen.

Peking, 21. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Der französische Gesandte unterzeichnete die Bedingungen des Ueber-einkommens wegen der jüngsten Niedermebelungen von Missionaren in Peking: Frankreich erhält eine Entschädigung von 200 000 Taels, d. i. die Hälfte von dem, was es ursprünglich gefordert hatte. China erlangte die wesentliche Herabminderung der französischen Forderung unter dem Antrieb der heftig opponierenden offiziellen chinesischen Presse.

Die deutsche Regierung hätte im gleichen Falle wieder einen „Nachfeldzug“ veranstaltet.

### Morokko.

#### Der letzte Akt.

Dem Reuterschen Bureau wird aus Tanger bestätigt gemeldet, daß der Sultan von Marokko am 18. d. M. das Protokoll der Konferenz von Algicras unterzeichnet hat.

## Gewerkschaftliches.

### Laut Protokoll des Polizeibeamten!

Am 29. Mai fand in Bochum eine Mitgliederversammlung des Holzarbeiter-Verbandes statt, in der der Stellmacher K. als Schriftführer fungierte. Diefem wurde nun dieser Tage von einem Ingenieur des Bochumer Vereins, dem bekannten Baar-Werke, gekündigt mit folgender Begründung:

Laut Protokoll des Polizeibeamten (dabei zeigte der Herr ein Christtuch), haben Sie in der Versammlung gesagt: Auf dem Bochumer Verein werden die schlechtesten Löhne bezahlt und werden die Arbeiter am schäblichsten behandelt.“

K. erwiderte, daß er in der Versammlung überhaupt nicht gesprochen habe, worauf der Ingenieur überlegen erwiderte: „Auf diesen Quatsch lasse ich mich nicht ein, ich verlasse mich auf das Protokoll der Polizei.“

Die Geschichte klingt zwar unglaublich, aber wir sind ja dergleichen Sachen gewöhnt. Wir werfen nur die Frage auf: Ist der Bochumer Verein auf amtlichem Wege oder nur durch Amtsberechtigten einer einzelnen Person in den Besitz des Protokolls gelangt? Hoffentlich wird der Entlassene nicht versäumen, zivilrechtlich gegen die Stadtverwaltung vorzugehen. Bei dieser Gelegenheit wird man dann auch mal die Zuverlässigkeit polizeilicher Protokolle gründlich beleuchten können.

### Die Flucht des Gutenbergs in die christliche Gewerkschaft.

Viele Leser des „Vorwärts“ werden vom Gutenbergsbund noch nie etwas gehört haben und sich erstaunt fragen, was ist das für ein „Bund“, das bisher so „im Verborgenen blühte“? Der „Gutenbergsbund“ ist eine „Vereinigung“, die nach dem Reunionskampf der Buchdrucker im Jahre 1891/92 sich zusammenschloß, um gemeinsam mit dem Unternehmertum den „Verband der deutschen Buchdrucker“ zu vernichten. In welcher Weise ihm dies gelungen ist, geht aus folgendem hervor: der Verband zählt jetzt 48 000 Mitglieder, der Gutenbergsbund 2700. Die Leiter und Wortführer dieser „Organisation“ sind Leute, die während des Reunionskampfes ihre Klage nicht verließen oder die Klage der kämpfenden Strupellose eingenommen haben. Einige der Herren sind Faktore (Werkmeister), welche ihr Personal als gefügige Truppen in Händen haben. So in Berlin wie außerhalb. Seit Jahren suchen die „Bündler“ mit den „Christlichen“ Fühlung, und da „maßgebende Personen“ des Bundes an leitender Stelle in sogenannten christlichen Geschäften tätig sind (Batersländische Verlagsgesellschaft, „Das Reich“ (Stöcker), „Sonntagsblatt“ (ehemals Pastor Hülle) und andere mehr), so bedarf der Anschluß an die christlichen Gewerkschaften weiter keiner besonderen Erklärung. In der am 12. Juni er. stattgehabten Bundesversammlung kam es betreffend des Anschlusses an die „Christlichen“ noch zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Leitern und den Mitgliedern. Die Versammlung protestierte gegen einen solchen Beschluß und beantragte Abstimmung. Der Vorstand mußte wohl oder übel in den fauren Apfel beißen und eine Abstimmung vornehmen lassen. Diefelbe ergab denn auch unter dem „sanften Druck“ der Herren Vorgesetzten ein für den Anschluß günstiges Resultat: 620 Stimmen dafür und 227 Stimmen dagegen. Des Ergebnis ist nicht weiter überraschend, denn der Referent konnte ohne nennenswerten Widerspruch aus der Versammlung erklären: „Wir müssen einen Rückhalt haben in den Kämpfen, — gegen die freien Gewerkschaften. Amm. der Red. — die uns bevorzugen, und diesen bietet uns die christliche Gewerkschaft.“ Nun haben sich die gleichgesinnten Seelen gefunden. In der Arbeiterpresse kann man fast täglich von den Heldentaten der christlichen „Kämpfer“ lesen; im „Lokal-Anzeiger“ und in der „Morgenpost“ steht davon freilich nichts.

Das Buchdruckerwerk kann wirklich stolz sein auf die vereinigten Versöhler und Kämpfer für ideale Zustände. Herr Lie. Mümm wird seine himmlische Freude an dem Ruddleimuddel haben. Blau und Schwarz gibt Schmuddel. Das Vorgehen des Gutenbergsbundes bedeutet im gegebenen Augenblick, wo Deutschlands Buchdrucker sich anschließen, durch Erlangung eines neuen Tarifvertrages für die Verbesserung ihrer Lebenslage einzutreten, die Rundgebung vollständiger Dürftlosigkeit. Was dem Ertrinkenden der Strohhalm, das ist dem Gutenbergsbund die christliche Gewerkschaft. Wer von den beiden Vereinigten mehr den größten Gewinn macht, können wir nicht entscheiden, als weiteres Moment wollen wir aber doch eine Episode verzeichnen. Einer der Hauptstämme im christlichen Lager hatte zurzeit den Gutenbergsbund als Streikbrecherorganisation bezeichnet. Der Bundesvorstand fühlte sich beleidigt, ließ zum Stadt und der Christenheros mußte revidieren. Aus dieser Geschichte hat man wahrscheinlich die gegenseitige Würdigkeit erkannt. Wir segnen den Ehebund.

Die „Berliner Morgenpost“ ist in der Lage, folgendes mitzuteilen:

Der Fall Cohen. Eine Vertrauensmänner-Versammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Abteilung Berlin, verhandelte über die durch den Fall Cohen im Verband entstandenen Differenzen. Es kam zu erregten Debatten. Ein nicht unbedeutender Teil der Vertrauensmänner verurteilte scharf das Verhalten Cohens und schloß ihm die Hauptschuld für die jetzt eingetretene Spaltung im Metallarbeiterverband zu. Schließlich einigte man sich dahin, eine Kommission zu wählen, die zu prüfen und festzustellen hätte, ob Cohen oder die Partei bei diesen Differenzen recht habe.“

Unseres Wissens besteht gar keine Streitfrage darüber, ob in dieser Sache Cohen oder die Partei recht habe. Sollte man die

Frage wirklich so formuliert haben, dann muß man bei der Beantwortung ganz selbstverständlich am Ziele vorbeischießen. Die Partei hat mit der Streitfrage innerhalb des Verbandes nichts zu tun, sie hat sich nicht hineingemischt, sie ist auch nicht um Vermittlung angegangen worden. Unseres Erachtens kann die Frage nur lauten: Gatten die Hochleger Ursache zu Beschwerden und hat die Organisation alles getan, um die Abspaltung zu verhindern?

### Berlin und Umgegend.

Die Differenzen bei der Firma H. Hartung sind beendet. Die am Donnerstag gepflogenen Verhandlungen zwischen der Firma mit dem Vertreter der Organisation unter Hinzuziehung der Kommission der Streitenden ergaben folgendes Resultat: die Hilfsarbeiter werden mit einem Stundenlohn von 42½ Pf. eingestellt und erhalten nach sechs Wochen 45 Pf. Diese Zulage hat auch rückwirkende Kraft, so daß diejenigen, welche jetzt schon über sechs Wochen im Betrieb sind, nicht unter 45 Pf. erhalten. Wer von den Hilfsarbeitern heute schon 45 Pf. und darüber hat, erhält eine Zulage von 2½ Pf. pro Stunde. Die Streitenden nahmen diesen Vergleich an und ist am Freitag früh die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Wählgung! Korbmacher. Die Firma Kanzow, Nieder-Schönhausen, sucht durch Inflation Korbmacher. Da Herr Kanzow sich weigert, den Tarif der Grünbräue anzuerkennen, wird gebeten, in dieser Werkstatt keine Arbeit anzunehmen.

Von der Firma Schmalisch u. Below geht uns folgende Verzichtung zu:

Sie bringen in Ihrer Nr. 142 vom 22. Juni a. c. eine Notiz, in welcher angeführt wird, „daß unsere Firma durch Anwerbung christlicher Arbeiter die „frei organisierten Pfiesenleger“ ganz aus unserem Betriebe zu verdrängen suche“. Diese Mitteilung ist un-wahr! Wahr ist, daß wir uns am 14. und 15. Juni a. c. schriftlich an die „Vereinigung der Pfiesenleger Deutschlands, Ortsverein Berlin“, gewandt haben, und dieselbe um Ueberweisung von Pfiesenlegern ersuchten. Wahr ist ferner, daß in der gestrigen Sitzung der Schlichtungskommission im Pfiesenlegergewerbe unter dem Vorsitz des Gewerberichters 40 Mitglieder der „Freien Vereinigung der Pfiesenleger Deutschlands“ für „tarifmäßig“ erklärt wurden, weil sie bei uns ohne Vorbringung von Differenzen resp. ohne die Schlichtungskommission einzuberufen, die Arbeit niedergelegt haben! Wir betonen, daß wir Pfiesenleger der „Freien Organisationen“ jederzeit einstellen.

Die fliegende Barbierstube. Wir werden ersucht, folgendes mitzuteilen:

Ich erkläre es für un-wahr, daß bei mir eine fliegende Barbierstube existiert. Das Gerücht über die Barbierstube ist folgendermaßen entstanden: Ein Arbeiter, früherer Barbier, seinerzeit in Charlottenburg Meister, barbiert Sonnabends und Sonntags Landensolonisten; trifft er einen oder den anderen nicht an, so kommt er in mein Lokal, um betreffende Genossen zu bedienen. Daß sich nun dieser oder jener meiner Gäste die Gelegenheit zunutze macht, sich auch rasieren zu lassen, kann ich nicht verhindern. Fritz Vaulus, Gastwirt, Rigdorf, Allee 8/9.“

Ueber den Stand der Lohnbewegung berichtete Niere in der Generalversammlung des Verbandes der Freireuegehülfen Deutschlands am 21. d. M. Demnach sind bis jetzt 536 unterschrieben anerkannte Bewilligungen eingelaufen. Bei den in Betracht kommenden Meistern sind 499 Gehälften mit der Kontrollkarte beschäftigt. Die verhältnismäßig geringe Zahl von Bewilligungen ist verständlich, wenn man das schrammaderische Treiben einer ganzen Anzahl selbständiger Barbier berücksichtigt. Diese Korporation der Arbeitgeber hat nicht nur Verhandlungen abgelehnt, sondern auch noch beschlossen, ihre Mitglieder zu bestrafen resp. auszuschließen, sofern die Forderungen bewilligt werden. In diesem Punkte sind die verschiedenen Organisationen der Selbständigen einig. Die bis jetzt gegebenen Unterschriften können mit wenigen Ausnahmen als wohl betrachtet werden. Die kürzlich tagende Arbeitgeberversammlung des Nordens wählte eine Kommission, die die Aufhebung des Lokaltis beantragte. Wir werden für die Zukunft mit allen Kräften für die Beseitigung des Logis beim Arbeitgeber einzutreten haben. Genosse Rüdtsche berichtete über die Verhältnisse der Freireuegehülfen in Posen. Wegen Streikbruch wurden ausgeschlossen: Wärmner, Stolle, Lepzin, Kosky, Gregow, Lindner, Dome, Dünkelf, Krumaier, Schulze. Die Bewilligung zurückgezogen resp. durchbrochen haben: Räte, Piquierstr. 21, Blahner, Thauerstr. 24, Habekost, Thauerstr. 35, Güth, Friedrichsberg, Scharnweberstraße 62, Dorfert, Gaudhstr. 3, Karol, Kopernikusstr. 15.

Wählgung, Leistenvergolder! In der Goldleistenfabrik von Rükre in Gulesogen bei Drammen in Norwegen ist es nun doch noch zum Streik gekommen. Zugug ist darum streng fernzuhalt.

Der Hauptvorstand des Verbandes der Vergolder.

Wählgung! Metallarbeiter! In der Maschinenfabrik „Egllon“, Mainzerstr. 22/23, haben sämtliche dort Beschäftigte die Arbeit niedergelegt. Zugug ist fernzuhalt.

Die Ortsverwaltung

des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

### Deutsches Reich.

#### Wer andere an der freiwilligen Arbeit hindert . . .

Die Stultateure in den Städten M. Gladbach und Nhehdt befinden sich seit einiger Zeit im Auslande. Der Grund i. Differenzen besteht in der Weigerung der Unternehmer, einige Pfennige Stundenlohn mehr zu bewilligen. Jede Verhandlung haben die Unternehmer bis jetzt abgelehnt und auch am Gewerbegericht erklärt, daß sie keine Zugeständnisse machen wollen. Infolgedessen zog ein großer Teil der Streitenden es vor, abzureisen und sich um andere Arbeit umzusehen. Den Unternehmern pagte dieses nicht; sie gedachten die Streitenden mürde zu machen.

Es wurden nun vom Arbeitgeberverband der vereinigten Bildhauer, Modelleure und Stultateure Deutschlands, der seinen Sitz in Frankfurt a. M. hat, schwarze Listen ausgegeben, von welchen eine zur Verfügung gestellt wurde. Das Rundschreiben hat folgenden Wortlaut:

„Betrifft Streik in M. Gladbach und Nhehdt.“

Werte Herr Kollege!

Hiermit benachrichtigen wir Sie höflich, daß die Stultateuregehülfen von M. Gladbach, Nhehdt und Umgegend in den Auslande getreten sind. Wir geben Ihnen endlieh die Namen der Streitenden bekannt und bitten Sie, unter Hinweis auf die Bestimmungen des § 9 unserer Geschäftsordnung dringend, die Genannten unter keinen Umständen zu beschäftigen und, falls solche bereits eingestellt sind, sofort zu entlassen.

Gleichzeitig diene Ihnen zur Nachricht, daß sich der Verband der Maurermeister und Bauunternehmer M. Gladbach, Stadt- und Landkreis, in der im Mai abgehaltenen Versammlung mit uns solidarisch erklärt hat.

Wir machen Sie nochmals auf die Notwendigkeit einer strikten Beachtung und Befolgung der fraglichen Bestimmungen aufmerksam, da hieran die schnelle Beendigung des Auslandes selbst und auch die für die Arbeitgeber günstige Durchführung desselben abhängt.

Es folgen nun 118 Namen der Geschädigten, schön alphabetisch geordnet, so daß die organisierten Unternehmer ohne große Mühe erfahren können, ob einer der Uebelthäter bei ihnen Unterchlupf fand. In staatsbehaltenden Kreisen wird sehr viel von der Notwendigkeit des Schutzes der Arbeitsfreiheit geredet. Die Unterbindung der Arbeitsfreiheit durch Verurteilung erhält aber durchaus keine Behinderung, solcher Terrorismus gegen die Arbeitsfreiheit gilt sogar als staatsbehaltend. Ja, wenn zwei daselbe tun . . .

Ein schwerer Kampf in der Metallwareindustrie in Nürnberg scheint unermülich. Von den Arbeitern wurde der vor zwei

Jahren abgeschlossene Tarif zum 1. Juli gekündigt und der Abschluß eines neuen Tarifvertrages verlangt, der entsprechend der inzwischen eingetretenen Teuerung der Lebensmittel u. s. w. höhere Lohnsätze und andere Forderungen vorsieht. Am 20. Juni haben die Unterhandlungen mit den Industriellen stattgefunden, die letzteren wollen jedoch sich weder auf einen neuen Tarif einlassen, noch sonst welche Zugeständnisse machen. In einer von mehr als 2000 Personen besuchten Versammlung der in Betracht kommenden Arbeiter wurde der Bericht der Kommission entgegengenommen und beschlossen, an den Forderungen festzuhalten und es auf einen Kampf ankommen zu lassen. Die Verwaltung des Metallarbeiterverbandes wurde beauftragt, ungesäumt gegen die einzelnen Betriebe vorzugehen.

Zur Lohnbewegung der Hamburger Klempner. Zu dem neuen Bedingungen (Hauptposition: 70 Pf. Stundenlohn) arbeiten am Donnerstag 677 Gesellen, während die Zahl der Streitenden 601 beträgt. Die Vertreter der Innungen halten es nun doch für angebracht, mit dem Metallarbeiterverband zu verhandeln.

Der Streik der Maser und Tischer in Mannheim-Ludwigshafen dauert unverändert fort. Zugug ist nach wie vor streng fernzuhalt.

Ausperrung bei der Pfälzischen Nähmaschinen- und Fahrradfabrik vorm. Kaiser in Kaiserlautern. Nachdem die geplante allgemeine Metallarbeiter-Ausperrung vorläufig nicht zur Ausführung gelangt ist, scheinen jetzt die Unternehmer sie einzeln vornehmen zu wollen. Die obengenannte Firma möchte den Anfang machen, indem sie 135 Arbeiter aufs Pfaster warf. Verweigerung auschreißender Ueberzeitarbeit ist die Ursache der Maßregel.

Ein Streik der Dachbeder ist in Chemnitz ausgebrochen, weil die Meister einen Lohnsatz der Gesellen ablehnten. Es sind über 100 Mann ausständig. — Im Streik stehen in Chemnitz ferner gegen 50 Tischler. Da die Situation in der Holzindustrie zwischen Arbeitern und Unternehmern gespannt ist, wird gebeten, Zugug von Tischlern usw. fernzuhalt.

Eine neue Metallarbeiterausperrung wollen die Metallindustriellen in der Kreisbahnhauptmannschaft Dresden inszenieren. Nachdem vor einigen Tagen gegen 200 former der Nadebeuler Gieß- und Emailierwerke wegen Nichterhaltung der abgeschlossenen Vertragsbedingungen durch die Firma in den Auslande getreten sind, ist folgender Ullas in den Betrieben der Mitglieder des Metallindustriellenverbandes angeschlagen worden:

„Wegen der Unruhen der Sicherarbeitsleiter sind erneute Ausperrungen zu befürchten. In diesem Falle werden nur die Mitglieder derjenigen Arbeiterverbände ausgesperrt, welche den Streik veranlassen. Die Nichtorganisierten erhalten, falls wir sie nicht weiter beschäftigen können, 15 Mark und für jedes Kind 1 Mark Unterzählung. Der Betrieb wird auf jeden Fall aufrecht erhalten.“

Die Metallarbeiter Dresdens sind entschlossen, den Kampf aufzunehmen, wenn es zum äußersten kommen sollte. Auf keinen Fall wird es gelingen, die Sicherarbeitsleiter einzuschüchtern.

Schlechte Erfahrungen machte die Firma Eschbach in Dresden mit den Arbeitswilligen. Zwei von ihnen, die organisierte Arbeiter verdrängt hatten, wurden wegen Diebstahls verhaftet. Sie hatten Kupferblech im Werte von 300 Mark in der Fabrik gestohlen.

### Ausland.

Lohnkämpfe in der Schweiz. Die Schreiner in St. Gallen haben nach zehnwöchigem Kampfe einen Tarifvertrag mit der 9½stündigen Arbeitszeit abgeschlossen, während die Schreinermeister geschworen hatten, „niemals“ vom Jehtstundentag abzuweichen. — Für die Brauer ist über das ganze Gebiet der Schweiz die Sperre verhängt, weil der Verband der Brauereien den Forderungen der Arbeiter nicht entgegenkommen will.

Von der schweizerischen Metallarbeiterbewegung. Die Schweizer Metallarbeiter-Zeitung, das Organ der schweizerischen Metallarbeiterverbände, erscheint gegenwärtig in einer Auflage von 18 000 Exemplaren. Während sie bisher deutsch und französisch geschrieben war, wird von nun an ein besonderes Organ in französischer Sprache herausgegeben. Die schweizerische Metallarbeiterbewegung marschiert mit riesigen Schritten vorwärts.

Die Bäckergesellen in Madrid sind in den Allgemeinen Auslande getreten.

## Die Reichstags-Wahl in Hannover.

Die Genossen und Wähler des 8. hannoverschen Wahlkreises haben am gestrigen Tage das Andenken des unergieblichen Heinrich Meister in würdigster Weise geehrt, indem sie dem Kandidaten unserer Partei, dem Genossen August Brey, zum Siege verhelfen!

Zu einem Siege, dessen Bedeutung um so höher zu bewerten ist, als die bürgerlichen Parteien sich in schmachvollster und schäblichster Weise der Hilfe des berückichtigten Reichsverbandes bedienen, um unsere Partei in eine Stichwahl zu bringen. Doch alle diese Praktiken haben nichts genutzt; Hannover sendet wie seit 24 Jahren auch in Zukunft nur einen Sozialdemokraten in den deutschen Reichstag!

Wie uns ein Privattelegramm meldet, erhielt unser Genosse Brey 31 886 Stimmen, der Nationalliberale Fink 16 978, der Welfe v. Dannenberg 10 857, der Zentrums-kandidat Erzberger 2415 und der Bündler Solgrefe 170 Stimmen.

Wir haben gegen die Wahl im Jahre 1903 einen Zuwachs von 2505 Stimmen erreicht, ein Resultat, das die Partei mit stolzer Freude erfüllen kann.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Ein schwerer Sänder.

Mannheim, 22. Juni. (B. G.) Gegen den Lokalkorrespondenten der „Volkstimme“ Emil Raler ist Verurteilung wegen Vergehens gegen § 131 Strafgesetzbuch (Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen) eingeleitet worden. Es handelt sich um einen Artikel über die Zustände auf dem Hagenauer Schießplatze.

### Generalstreik.

Szatmar, 22. Juni. (B. G.) Auf Befehl der Budapestler sozialistischen Parteileitung ist hier ein Generalstreik sämtlicher Arbeitskräfte ausgebrochen.

### Krieg im Frieden.

Reithaus, 22. Juni. (B. T. V.) Heute früh, in der achten Stunde, entlud sich auf bisher noch unaufgeklärte Weise, vor Beginn des Schießens ein Geschütz der 1. Batterie des 4. Feldartillerieregiments Nr. 48 in der Sammelstellung. Durch Sprengteile wurde ein Fahrer schwer verletzt und starb bald darauf. Außerdem wurde das danebenstehende Geschützfeld so beschädigt, daß es getötet werden mußte.

Aus der Partei.

Eine Infamie.

Die „Einigkeit“, das Organ der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“, leistet sich wieder einmal eine „Sensation“.

Aus einem angeblichen umfangreichen Protokoll der letzten Konferenz der Vertreter der Verbände der Zentralverbände teilt sie einige Stücke heraus, um den Parteigenossen zu demüthigen.

Neben die sachlichen und persönlichen Gegensätze zwischen den sog. Sozialisten, die die „Einigkeit“ vertritt, und den Zentralorganisierten auch noch so groß sein und noch so scharf ausgetragen werden, — die Klassenbewußten Arbeiter, in einem waren sie bisher eins und sollten sie eins bleiben.

Ueber die Sache genügt ein Wort: die „Einigkeit“ will aus dem, was der Genosse Silber Schmidt über eine angebliche Rede des Genossen Vebel auf einer privaten Konferenz wiedergibt, beweisen, daß Vebel und durch ihn der Parteivorstand im Februar 1906 über den Generalsekretär widerrufen, was sie in Jena im September 1906 bekräftigt haben.

In der Angelegenheit Emmel-Mühlhausen i. G., die schon wiederholt unsere Parteitage beschäftigte, die aber von der Mühlhauser Parteiorganisation noch nicht als erledigt betrachtet wurde, hat unter dem Vorsitz des Genossen Gerich in Mühlhausen eine Versprechung stattgefunden.

Die Mühlhauser Parteigenossen erkennen an, daß Handlungen, die der Genosse Emmel gegen den ausdrücklichen Befehl der Parteileitung unternommen hat, den Tadel rechtfertigen, den die Kontrollkommission auf Parteitagen gegen Genossen Emmel ausgesprochen hat.

Die Kontrollkommission ihrerseits erklärt, daß bei der einwandfreien Tätigkeit, die Genosse Emmel gegenwärtig im Interesse der Partei entfaltet, diese Vorgänge als erledigt zu betrachten sind und für die Partei keinen Grund mehr abgeben können, dem Genossen Emmel die Vertrauenswürdigkeit abzuspülen.

Der Fall Braun in der Parteipresse.

Eine ganze Reihe von Parteiblättern hat bis jetzt zur Meerschäufel der Genossin Lily Braun das Wort genommen und, mit zwei Ausnahmen, die Beteiligung verurteilt, teilweise, nachdem die „Richtigstellung“ des Genossen Heinrich Braun bereits zur Kenntnis genommen war.

Leipziger Volkszeitung: „An sich steht diese Wierlei auf derselben Höhe, wie die „Studienfahrt“, die im vorigen Jahre einige bürgerliche Parlamentarier ebenfalls auf Kosten der genannten Privatgesellschaft in die deutschen Kolonien machten.“

Schwäbische Tagwacht: „Solweit der „Vorwärts“. Wir stimmen der Anschauung durchaus zu, daß sozialdemokratische Journalisten bei einem derartigen Arrangement nichts zu suchen haben.“

Preis-Presse (Aberfeld-Varmen): „... Daß solche Eh- und Trümpelgerei reinweg gar keinen Einfluß haben können auf den Gang der Entwicklung zweier Völker zueinander, weiß vor allen Dingen ein Sozialdemokrat.“

ihres Schüßlings Dr. Heinrich Braun bereits warm angenommen. Warum geht Herr Dr. Heinrich Braun nicht dahin, wohin ihn seine Anschauung über das Wesen der gesellschaftlichen Entwidlung immer wieder zieht?

Volksfreund (Wraunschwitz): „Für die Beteiligung eines Sozialdemokraten an dieser Festlichkeit kann man nicht einmal die Gründe geltend machen, die sonst für Teilnahme an Kongressen bürgerlicher Sozialpolitik vorgebracht worden sind.“

Volkszeitung (Düsseldorf): „In einer Zuschrift an die Parteipresse weist Genosse Heinrich Braun darauf hin, daß die Einladung des englischen Protestkomitees auch von Parteigenossen wie Keir Hardie u. a. unterzeichnet sei.“

Volksblatt (Gosha): „Eine Anzahl deutscher Redakteure unternimmt, einer Einladung aus England folgend, eine Reise nach England. Die sozialdemokratische Presse hat aus guten Gründen die Einladung abgelehnt.“

Die Frankfurter Volksstimme hat sich auf Auszüge aus den Auslassungen des „Vorwärts“ und Heinrich Brauns beschränkt und eine eigene Äußerung unterlassen.

Zum Schluß wollen wir noch die Äußerung eines Blattes verzeichnen, das kein sozialdemokratisches ist, dem aber einst Heinrich Braun sehr nahe stand. Die Äußerung bezieht sich auch nicht auf den Fall Braun, sondern auf die Redakteurfahrt an sich und lautet: „In dieser Woche sind Herausgeber und Redakteure deutscher Zeitungen und Zeitschriften in England die Gäste eines britischen Freundschaftskomitees.“

So schreibt Herr — Maximilian Harden in der „Zukunft“. Es kann uns gleichgültig sein, ob die Stellung, in der Herr sich hier dem Publikum zeigt, Pöbe ist oder nicht.

Totenliste. In Konstanz starb Genosse Hans Arnold; ein Veteran der baderischen Bewegung. Der Karlsruher Volksfreund sagt zu der Trauerkunde: „Hat er auch in den letzten Jahren nicht mehr aktiv am Parteileben sich beteiligt, so hat er doch in den Zeiten, in welchen jede treue Seele mit Gold aufgewogen werden mußte, sein Bestes gegeben im Interesse der Partei.“

Personalien. Für den Regierungsbezirk Magdeburg wird zum 1. Oktober ein Parteisekretär gesucht. Er muß rednerische Befähigung besitzen und familiäre Verhältnisse für die zum Regierungsbezirk Magdeburg gehörenden Landkreise erledigen.

Der nächste Parteitag der italienischen Sozialdemokratie. Rom, den 10. Juni. (Fig. Ver.) In seiner heutigen Sitzung hat der Parteivorstand einen Antrag von 110 Parteisektionen, die über 5000 Mitglieder repräsentieren, zur Kenntnis genommen.

Über die Tagesordnung des Parteitages und die betreffenden Referenten siehe der Parteivorstand fest, daß nach den üblichen Verichten des Parteivorstandes, der Parlamentsfraktion und des „Avanti“ folgende Referate gehalten werden:

Beziehung der Partei zu den Gewerkschaften. Rocchi (Syndikalist) und Cabrini (Reformist). Beziehung der Partei zu der Parlamentsfraktion. Leone (Syndikalist), Rigola (Zentrum).

Beziehung der Partei zur sozialistischen Presse. Ettore Cicchetti (unbestimmte Richtung). Antimilitarismus. Romualdi (Zentrum). Allgemeines Stimrecht. Ventini (Reformist).

Über die Tagesordnung des Parteitages und die betreffenden Referenten siehe der Parteivorstand fest, daß nach den üblichen Verichten des Parteivorstandes, der Parlamentsfraktion und des „Avanti“ folgende Referate gehalten werden:

Die politische Haltung der Partei. Referenten: Vabriola (Syndikalist), Morgari (Zentrum) und Modigliani (Reformist).

Beziehung der Partei zu den Gewerkschaften. Rocchi (Syndikalist) und Cabrini (Reformist).

Beziehung der Partei zu der Parlamentsfraktion. Leone (Syndikalist), Rigola (Zentrum).

Beziehung der Partei zur sozialistischen Presse. Ettore Cicchetti (unbestimmte Richtung).

Antimilitarismus. Romualdi (Zentrum).

Allgemeines Stimrecht. Ventini (Reformist).

Der Schwerpunkt wird auch bei diesem Kongreß, wie bei den vorigen, in der Frage der Tendenzen liegen, die in den ersten drei Punkten der Tagesordnung tendenz aufeinanderberufen müssen.

Lichtbildvorträge über das Rom der Antike und der Renaissance. Genosse Theodor v. Wächter, der seit einigen Jahren in Rom als Sprachlehrer lebt, möchte seine Romstudien dazu verwenden, in populären Vorträgen mit Lichtbildern all die Schönheitschätze des Roms der klassischen Antike und der Renaissance auch solchen nahe zu bringen, denen keine eigene Romfahrt möglich ist.

Soziales.

Wer Alkohol bekämpft, wird seines Amtes entsetzt!

Das ist der Inhalt der ungeheuerlichen Verfügung, die gestern abend dem Vorstande der Krankenkasse zu Weizensee bei Berlin seitens des Dr. Pape zugegangen ist.

In der Sitzung vom 20. dieses Monats hat der Vorstand beschlossen, unserer Verfügung vom 13. dieses Monats, worin eingehender Begründung die beantragte Genehmigung zur Beschaffung von 1000 Exemplaren der Broschüre „Alkohol und Gesundheit“ versagt wurde, entgegenzutreten und 500 Exemplare der Broschüre anzukaufen.

Unseren Lesern ist bekannt, daß im Gegensatz zu der Auffassung des Gemeindefürsors Dr. Pape die bayerische Regierung und eine Anzahl Behörden und Gerichte, so das Landgericht in Vielesfeld, das Oberlandesgericht in Hamburg usw. entschieden haben, daß es das Recht und die Pflicht der Krankenkassenverbände ist, derartige Broschüren auf Kosten der Kasse zu verbreiten.

Unseren Lesern ist bekannt, daß im Gegensatz zu der Auffassung des Gemeindefürsors Dr. Pape die bayerische Regierung und eine Anzahl Behörden und Gerichte, so das Landgericht in Vielesfeld, das Oberlandesgericht in Hamburg usw. entschieden haben, daß es das Recht und die Pflicht der Krankenkassenverbände ist, derartige Broschüren auf Kosten der Kasse zu verbreiten.

Unseren Lesern ist bekannt, daß im Gegensatz zu der Auffassung des Gemeindefürsors Dr. Pape die bayerische Regierung und eine Anzahl Behörden und Gerichte, so das Landgericht in Vielesfeld, das Oberlandesgericht in Hamburg usw. entschieden haben, daß es das Recht und die Pflicht der Krankenkassenverbände ist, derartige Broschüren auf Kosten der Kasse zu verbreiten.

Unseren Lesern ist bekannt, daß im Gegensatz zu der Auffassung des Gemeindefürsors Dr. Pape die bayerische Regierung und eine Anzahl Behörden und Gerichte, so das Landgericht in Vielesfeld, das Oberlandesgericht in Hamburg usw. entschieden haben, daß es das Recht und die Pflicht der Krankenkassenverbände ist, derartige Broschüren auf Kosten der Kasse zu verbreiten.

Wahlfahrtsplage en gros!

Ein private Vereins-Versicherungsgesamt für Arbeiter und Angestellte sowie für deren Hinterbliebene wird im großen Umfang über ganz Deutschland von deutschen Kapitalisten geplant, und zwar in erster Linie für die großindustriellen Unternehmungen in Rheinland-Westfalen und Lothringen.

**Bürgermeister** Max Düsselhoff, **Kommerzienrat** Theodor von Gauslaume-Röhl, **Kommerzienrat** E. Fagen-Röhl, **Geh. Kommerzienrat** A. Rieder-Nachen, **Geh. Kommerzienrat** S. Luag-Düsselhoff, **Landrat** a. D. Rödiger, **Vorsitzender des Direktoriums der Aktien-Gesellschaft** Dr. Krupp, **Essen**, Hugo Stinnes und August Thyssen, **Mülheim a. d. R.**

Also die Rirdorf, Stinnes, Thyssen und Konfiden finden sich zu einer sozialpolitischen Großtat zusammen. Die grundlegende Verfassung hat bereits am 10. März im Ständehaus zu Düsseldorf stattgefunden. In einer weiteren Sitzung am 10. Mai wurden die Satzungen festgelegt. Die definitive Gründung der „Vereins-Versicherungsbank“ soll aber erst erfolgen, wenn man 3 Millionen Aktienkapital zusammen hat, was man allerdings leicht zusammen zu bekommen hofft.

Gegenstand des Unternehmens ist: die Lebens-, Pensions-, Alters-, Witwen-, Waisen-, Aussteuer-, Militär-, und ähnliche Versicherungen; gleichviel ob auf Kapital oder Renten. Insbesondere sollen derartige Versicherungen für die minderbemittelten Klassen und den Mittelstand des deutschen Volkes zur Durchführung gelangen. Das Unternehmen ist ein gemeinnütziges. Deshalb bleiben Aktionäre auf den Bezug einer Höchstdividende von 4 Proz. des eingezahlten Kapitals beschränkt. Die Dauer der Gesellschaft ist nicht auf eine bestimmte Zeit beschränkt.

Das eingezahlte Grundkapital der Gesellschaft besteht aus drei Millionen Mark, eingeteilt in 3000 auf den Namen ausgestellte Aktien zu je 1000 Mark, deren Einzahlung in vier Teilbeträgen erfolgen soll, und zwar je 250 M. am 1. Oktober dieses Jahres, am 2. Januar, 1. April und 1. Juli 1907.

Für die Verwendung des Reingewinnes gilt, abgesehen von den gesetzlichen Bestimmungen, folgendes: 1. Zunächst sind 5 Proz. des Reingewinnes zum gesetzlichen Reservefonds bis zur Höhe von 10 Proz. des Grundkapitals zurückzulegen. 2. Sodann ist ein auf Vorschlag des Aufsichtsrates von der Generalversammlung festzusetzender Betrag außerordentlichen Reserven zu überweisen. 3. Darauf erhalten die Aktionäre eine Dividende bis zu 4 Proz. des Grundkapitals. Sollte in einem Jahre eine Dividende von 4 Proz. nicht zur Verteilung gelangen, so ist das Fehlende aus den Ueberschüssen der nächsten Jahre zu ersetzen. Die Zahlung der Rückstände geschieht ohne Berechnung der Vorzugszinsen auf den Dividendenchein des zuletzt abgelaufenen Geschäftsjahres. Hierauf werden die vertragsmäßig zugesicherten Gemeinnanteile den Beamten der Gesellschaft gezahlt. 5. Hierauf erfolgen diejenigen Zahlungen, welche unter der Uebergangsbestimmung des § 88 aufgeführt sind. 6. Vom verbleibenden Betrag erhalten 90 Proz. die Versicherer zur Grundtötung der Prämien oder Herauszahlung der Versicherungssummen. 7. Der Rest steht zur Verfügung der Generalversammlung, in erster Linie zur weiteren Stärkung der Reserven.

Ein Hauptbeweggrund für die Schaffung des neuen Unternehmens war die Ueberzeugung, daß die Pensionsversicherung für Beamte und Arbeiter industrieller Werke und kaufmännischer Betriebe, bei dem starken Wunsch zahlreicher Arbeitgeber nach brauchbaren Einrichtungen dieser Art, zur Entfaltung gebracht werden kann, wenn eine bedeutende Anzahl größerer Firmen selbst sich mit Aktienbesitz an einem solchen Institut beteiligt. Die Aktienform ist dann nicht die Erwerbsform, sondern die Form, um den als Aktionäre zur Mitwirkung berufenen Werken einen Einfluß auf die Versicherungsanstalt zu gewähren und damit die Versicherungseinrichtungen der Anstalt zu eigenen Einrichtungen der Werke und Einrichtungen ihrer Angestellten und Arbeiter zu machen. Die Aktionäre haben in diesem Falle nicht das Interesse an einer hohen Dividende, sondern vielmehr das Interesse, den Versicherungsbetrieb mit einer möglichst niedrigen Aktiendividende zu betreiben.

Durch eine derartige Regelung wird erreicht, daß der Vorteil einer eigenen Pensionskasse, der Einfluß auf ihre Verwaltung, vereinigt wird mit den Vorteilen des Anschlusses an eine Versicherungsanstalt; die Garantie und der umständliche Geschäftsverkehr mit der Aufsichtsbehörde werden auf die Versicherungsgesellschaft übertragen.

Ein weiterer Beweggrund für die Gründung des neuen Unternehmens war die Notwendigkeit, die Volksversicherung zu reformieren. Die Volksversicherung ist bekanntlich, abgesehen von dem regelmäßigen Wegfall der ärztlichen Untersuchung und der Festsetzung häufiger Prämienzahlungstermine, im wesentlichen nichts anderes als eine Lebensversicherung über eine kleine Summe, durchschnittlich 200 Mark. Die Volksversicherung besitzt in viel höherem Grade, als allgemein bekannt ist, die Fähigkeit im Organismus einer Nation die Funktion der Kapitalbildung zu übernehmen.

Das sind die Kernpunkte der Sozialpolitik der Scharfmacher. Die übrigen Lappen, mit denen das großkapitalistische Unternehmertum seinen sauberen Plan drapiert, wollen wir unseren Lesern schenken. Die bürgerliche Presse hat die Gründung eine „bemerkenswerte“ genannt und damit war ihre Kritik erschöpft. Bemerkenswert ist das Unternehmen in der Tat, und zwar nach mehreren Seiten.

Schon die Tatsache, daß sich für diese Gründung eine ganze Anzahl notorischer Scharfmacher erwärmen, muß und stuhig machen. Die Gründer preisen ihr edles Herz; das Unternehmertum will nichts verdienen. Wir glauben schon, daß der direkte Aktiengewinn ihnen weniger am Herzen liegt, obwohl auch nach der Rechnung, die sie aufmachen, ein ganz hübscher und sicker Gewinn für sie herausspringt. Die Volksversicherung besitzt die Fähigkeit, im Organismus einer Nation die Funktion der Kapitalbildung zu übernehmen. Die Versicherung gilt den Herren als eine Art Zwangsparasse, und die „Ersparnisse“, die in ihr zusammenfließen, sollen im kapitalistischen Dienste verwendet werden. Der zwangsweise einbehaltene Arbeitslohn soll zu einem Mittel erneuter kapitalistischer Produktion und damit erneuter Ausbeutung werden.

In der Verwaltung der gegenwärtigen Wohlfahrts-Einrichtungen hatten auch die Arbeiterausschüsse, soweit solche bestanden, ein Wort mitzureden. Das ist bei dem neuen Plan vollständig ausgeschlossen. Noch ihm herrscht unumschränkt das Herrenmentum der rheinisch-westfälischen Großindustrie. Man „verwaltet“ der Arbeiter fauer verdienten Geld, aber zu sagen haben sie nichts.

Den heutigen Betriebsklassen stehen die Arbeiter durchaus mißtrauisch gegenüber. Verlassen sie aus irgend einem Grunde die Arbeitsstelle, so sind die eingezahlten Beiträge verloren. Bei dem neuen Plan kann das teilweise anders werden, vielleicht aber auch nicht, da ja der Arbeiter durch Vermittlung des Werkes, auf dem er arbeitet, an der „Volksversicherung“ teil nimmt.

Auf alle Fälle aber gewinnen die Unternehmer eine Zentralstelle, wo der Arbeitswechsel aller Betriebe zusammenfließt und gemeinlich wird mit dem denkbar vollständigsten Personal. Die schwarzen Listen werden also überflüssig werden, weil in der Registratur der „Volksversicherung“, die die rheinisch-westfälischen Werke als Aktieninhaber beherrschen, die Registratur selbständig als schwarze Liste funktioniert. In der Tat, eine „bemerkenswerte“ Gründung und jedenfalls eine „originelle“ Methode, die verbrecherische Scharfmacherphantasie erkennen, und die die bürgerliche Presse als edelmütige Philanthropie verheimlichen wird! Was zu fabelhaftig sind die sozialpolitischen Wankelgänger, in denen hier Scharfmacherpläne eingewickelt sind.

#### Genießen Mitglieder der königlichen Kapelle das steuerliche Beamtenprivileg?

Der Kammermusiker Throniker zu Berlin wollte nur mit der Hälfte seines Dienstverdienstes zur Gemeinde-Einkommensteuer herangezogen werden. Er führte deshalb einen Rechtsstreit mit dem Berliner Magistrat, indem er geltend machte, es müsse ihm das Beamtenprivilegium zugute kommen. Der Bezirksausschuß wies jedoch die Klage ab, der Mitglied der königlichen Kapelle ist, mit folgender Begründung ab: Bei Beurteilung der Frage, ob dem Kläger das Steuerprivilegium der Beamten zuzuteile, kommt es darauf an, ob er Funktionen wahrzunehmen habe, die den Inhalt eines öffentlichen Amtes darstellen. Dies sei nicht der Fall. — Das Oberverwaltungsgericht hob jedoch am 22. Juni das Urteil auf und verwies die Sache an den Bezirksausschuß zurück. Das Oberverwaltungsgericht ist anderer Meinung wie der Bezirksausschuß, indem es für entscheidend hält, ob der Kammermusiker

als Hofbeamter habe angestellt werden sollen. Nicht die Funktionen seien das ausschlaggebende. Die entsprechenden Feststellungen im Sinne der Auffassung des Oberverwaltungsgerichts soll jetzt der Bezirksausschuß vornehmen.

#### Wie der Staat bessert!

Ein Opfer der „Besserungseinrichtungen“ des heutigen Staates stand am Donnerstag vor den Geschworenen in Chemnitz. Der Schuhmacher Auerbach, ein vierzigjähriger Mann, hatte sich wegen Brandstiftung zu verantworten. Er hatte in der Bergwerkstraße eine Luftschleuse auf freiem Felde angezündet. Dessen war er geständig. „Das Schankstättenverbot“ und das „Arbeitshaus“ sind schuld an meinem Unglück!“ so sagte er. Er hatte Strafen besonders wegen Bettelns erlitten. Das letztmal steckte man ihn im Anstalt an die Strafe in das Arbeitshaus Sachfenburg. Als er wiederkam, wollte seine Familie nichts mehr von ihm wissen. Er wurde in die Familiengemeinschaft nicht wieder aufgenommen. Das hatte ihm schon der Gemeindevorstand gesagt und hinzugefügt, es gäbe Mord und Todschlag, wenn er komme; auch habe sich seine Ehefrau mit dem Leutnant „verlegt“. „Ich schreckte mich aus meinem Glend aufzuraffen, würde ihn ohnmächtige Wut: er ging zur Scheune und brannte sie nieder. Ich muß etwas tun, um nach Waldheim (Zuchtshaus) zu kommen.“ hatte er kurz zuvor zu einem Bekannten gesagt. So weit kam es noch nicht. Die Geschworenen billigten dem Manne mildernde Umstände zu und das Gericht mußte infolge dessen auf Gefängnisstrafe erkennen. Zwei Jahre sechs Monate hat er nun in dieser „Besserungs“-Anstalt Zeit, einen neuen Menschen sich zuzulegen. Und wenn er da herauskommt, werden wiederum die Verhältnisse härter sein wie er, der in einer Trinkeranstalt besser untergebracht wäre, und dann — — — ja dann kommt die letzte „Besserungs“-Anstalt, das Zuchtshaus, da kann er sein Leben, das nichts wert ist, gelebt zu werden, beschließen. Schankstättenverbot—Arbeitshaus—Gefängnis—Zuchtshaus! Darin bricht sich die Dymnast der heutigen Gesellschaft aus.

## Aus Industrie und Handel.

### Ewige Rente.

Eine Gründung, die nichts besonders Absonderliches an sich hat, aber doch sinnenfällig den Widerstand der „göttlichen Weltordnung“ offenbart, ist die der Hohenlohe-Werke A.-G. Die früher dem Fürsten Christian Kraft zu Hohenlohe-Dehringen gehörenden industriellen Anlagen als Kohlen- und Zinkbergwerke, Häutbetriebe usw., sind am 3. Mai 1905 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Der Wert der Anlagen war auf rund 97 Millionen Mark berechnet worden. Der Fürst erhielt 44 Millionen Bar und für sich und seine Erben die Garantie einer jährlich zahlbaren ewigen Rente von drei Millionen Mark. Diese ewige Rente läßt die Göttheit unserer Gesellschaftsordnung recht kraß sich offenbaren. Die Vorbesitzer der Anlagen, die Fürsten-Rehrwirtschläder sind an dem Wachsen und an der Wertsteigerung des Unternehmens mindestens ebenso unschuldig, wie der verstorbene Kanonenkönig Krupp und die jetzt residierende junge Kanonenkönigin Verta Krupp an der märchenhaften Entwidlung und Wertsteigerung der Kruppwerke. Das „Verdienst“ der Besitzer besteht darin, daß sie von dem Arbeitsertrage der Lohnslaven so viel für sich in Anspruch nehmen, daß sie bei dem besten Willen, bei märchenhafter Kraftentfaltung und Verschwendung nicht in der Lage waren, den Gewinn aufzubringen. Sie konnten alljährlich neue Millionen in das Unternehmen hineinstecken und damit den Profit fortgesetzt steigern. Mühen nun dem Fürstengeschlecht in seiner Erbfolge Idiolen und Taugenichtse erwachsen, die der menschlichen Gesellschaft nicht nur nichts nützen, sondern schädlich sind, nach Recht und Gesetz in der „göttlichen“ Gesellschaftsordnung haben sie einen ewigen Anspruch auf eine Jahresrente von 3 Millionen Mark aus dem Arbeitsertrage der Lohnslaven. Die neue Gesellschaft hat sich das Recht vorbehalten, die Rente eventuell abzuschaffen. Wollte sie heute die Ablösung vollziehen, so wären an den Vorbesitzer noch 60 Millionen Mark zu zahlen.

Bei der Gründung wurden 40 Millionen Mark Aktien zu einem Kurs von 110 Proz. ausgegeben. Neun Millionen Mark nominell Aktienkapital sind nun von den beteiligten Banken emittiert worden. Dabei machen die Gläubiger ein feines Geschäft, 5 Millionen Mark bringen sie zu einem Kurse von 100 Proz. an die Börse.

### Kohlenyndikat — Marktregulator.

Angeblieh muß das Kohlenyndikat in verstärkter Maße englische Kohlen beziehen, um seinen Verpflichtungen nachkommen zu können. Trotzdem hat man nicht die ganze Beteiligung freigegeben, sondern nur 95 Proz. Hinter dieser Unstimmigkeit verbergen sich die Skabalen um die Beteiligungsziffer. Damit im Zusammenhang steht auch der Beschluß, Arbeitermangel als höhere Gewalt anzusprechen.

Ueber Kraftgewinnung im Berg- und Hüttenwesen hielt bei der diesjährigen Tagung des Vereins deutscher Ingenieure Dr. Hoffmann in Bochum einen Vortrag, der zwar in erster Linie die technische Seite der Frage berücksichtigte, aber indirekt auch den Grund für die vielen Kombinationen und Fusionen im Montanergewerbe aufwies. Hoffmann führte zunächst aus, daß der Bedarf an motorischer Kraft im Bergbau und Hüttenwesen fast ganz aus den Abgasen und Wichtgasen gedeckt werden könne. Damit ist ein Fingerzeig gegeben, wie die Gasbildungsstellen merklich herabgemindert werden können. Nun kommen Werke vor, deren Abgase anreichern, den eigenen Kraftbedarf zu decken. Es kommen aber andererseits auch wieder Anlagen in Frage, die viel Abgase erzeugen, ohne viel Kraft zu brauchen, oder Anlagen, die viel Kraft beanspruchen, aber wenig Abgase gewinnen. Da heißt es nun ausgleichen, kombinieren, unter Umständen auch fusionieren. Auf dem Ueberschuß an Kraftzeugung beruht auch die Abgabe elektrischen Stroms an Gemeinden und Städte. So haben die Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft, die Gesellschaft Hibernia, die Zeche Rheinpreußen u. a. ihre Schächte durch Kabel verbunden und können Strom an Gemeinden und Städte abgeben. Die Hibernia-Zeche liefert den Strom für das Elektrizitätswerk Westfalen, die Zeche Rheinpreußen führt auf 20 Kilometer Entfernung nach Arefeld Strom. So werden die Abgase und Wichtgase, die früher unvertwert in die Luft gingen, jetzt in einer der Produktion wesentlich wertvollen Weise systematisch ausgenutzt.

Wagenstellung im Ruhrrevier. Die „Mh.-Westf. Ztg.“ schrieb dieser Tage:

„Die arbeitstägliche Stellungsziffer beläuft sich für die Zeit vom 1.—15. cr. im Durchschnitt auf nur 19861 D.-B. gegen 21051 D.-B. im Monat Mai, sie ist also um nicht weniger als arbeitstäglich 1190 D.-B. gegen den Vormonat zurückgeblieben! Grund hierzu haben zunächst die vielen Feiertage gegeben, die manche Vergleiche zu einer oft längeren Reise in ihre Heimat veranlassen haben. Weiter trägt hieron der andauernde Arbeitermangel Schuld, dessen Befeitigung noch nicht abzusehen ist.“

Nach den letzten Ausstellungen hat Minderförderung ein Weniger der benötigten Wagen bedingt, nicht aber hat die Wagenstellung die Förderung beeinträchtigt. Tatsächlich ist in der genannten Zeit gegenüber der Parallelzeit des Vorjahres der Bestand gestiegen. Es wurden gestellt 293514 Wagen oder 6 Proz. mehr als in der Zeit vom 1.—15. Juni 1905.

Zum Fleischskandal. Im Milwaukee „Socialdemokrat Herald“ veröffentlicht Upton Sinclair, der Verfasser des bekannten Buches „The Jungle“ („Der Sumpf“), einen Artikel, in welchem er u. a. auch schildert, wie die Fleischbarone sich bemühen, die Veröffentlichung der Novelle in Form einer Novelle hat bekanntlich Sinclair die Geheimnisse der Schlachthäuser von Chicago geschildert und zuerst in sozialistischen Zeitungen veröffentlicht zu verzeihen. Man suchte ihn zu bestechen und sicherlich wäre es den Fleischgewaltigen auf einige hunderttausend Dollar nicht angekommen, denn der Beef-Trust herausgab buchstäblich Millionen, um unliebsame Tatsachen totzuschweigen. Als alle Versprechungen den gewünschten Zweck

verfehlten, wurden Einschüchterungsversuche angewandt, die auch auf den Verleger und die betreffenden Zeitungen ausgedehnt wurden. Die Untersuchungen, welche die Regierungskommission vorgenommen hat, haben die Angaben Sinclairs voll- auf bestätigt; der in den Schlachthäusern des Beef-Trust herrschende Schmutz ist elektrisierend und die Fahrlässigkeit und Gewissenlosigkeit, mit der bei der Verarbeitung von Fleisch verfahren wird, haben einen geradezu verbrennerischen Grad erreicht. Die Veröffentlichung dieses Berichtes fürchten die Fleischmagnaten und sie setzen alles in Bewegung, sie zu verhindern, sie haben deswegen auch jede Opposition gegen die nunmehr bereits vom Senate angenommene Fleischbill aufgegeben. Als der Senator Beveridge die Bill einbrachte, verhielten sich die zahlreichen Freunde des Beef-Trust mühsamstill, sie stellten nicht einmal irgend eine Frage, um keine Diskussion über diese heißen Dinge aufkommen zu lassen. Das Gesetz, das eine ständige Beaufsichtigung der Schlachthäuser durch Regierungsinpektoren vorseht, ging also glatt durch. Die Schlächter wissen ganz genau, daß sie eine solche Inspektion wenig zu fürchten haben; die schlechtbezahlten Inspektoren sind bestechlich, wo nicht, sind sie zu lächerlich. Sinclair fordert mit Entschiedenheit die Veröffentlichung des amtlichen Berichtes als das einzige Mittel, die Konsumenten aufzurütteln und mißtrauisch gegen die Produkte der Chicagoer Fleischindustrie zu machen. Zum Teil haben die Veröffentlichungen Sinclairs schon diesen Erfolg gehabt, denn wie dieser ebenfalls aus sicherer Quelle mitzuteilen weiß, ist der Absatz des Beef-Trust seit der Veröffentlichung seines Buches um zirka 40 Proz. zurückgegangen. Ob es aber gelingen wird, den Riesen-Trust, der einen großen Teil des wirtschaftlichen Lebens der Vereinigten Staaten polypenartig umspannt und der jährlich Millionen von Beschäftigten auswirft, um sich den Schatz der öffentlichen Gewalten zu sichern, dauernd niederzuringen und ihm das Monopol auf Fleischversorgung für fast die gesamte Bevölkerung zu entreißen, sieht noch sehr dahin.

## Aus der Frauenbewegung.

### Nicht ausbildungsfähig.

Eine große amerikanische Firma hat kürzlich ihre sämtlichen weiblichen Angestellten entlassen und ihr summarisches Verfahren damit begründet, daß die Frauen wohl bis zu einem gewissen Grade ausbildungsfähig seien, daß sie aber auf den höheren Stufen im Geschäftsleben sich untauglich erwiesen.

Dieser Vorgang und seine Begründung wurden als wichtig genug angesehen, um die Presse davon in Kenntnis zu setzen, damit die Leser, und speziell die Gegner der Frauenarbeit, sich daran erbauen.

Es ist aber ein schlechter Trost, den die letzteren aus dem Vorgange ziehen können. Man hat es hier mit einer vereinzelten Erscheinung zu tun, der vielerlei eine persönliche Schärfe des Chefs der Firma zugrunde liegen mag, denn die vielen Hunderte der Entlassenen konnten doch nicht sämtlich höhere Stellungen bekleidet haben. Es kam auch sein, daß eine Lohnbewegung unter den Angestellten im Gange war und die Firma sich mit einer Aussperrung unter der erwähnten Begründung rächen wollte. Die Frauenarbeit wird auch in Amerika weit schlechter bezahlt als die Männerarbeit, und die Unzufriedenheit darüber ist unter den Frauen in stetem Wachsen begriffen. Was die „höheren Stufen“ im Geschäftsleben anbelangt, so hat es damit auch oft eine eigene Bewandnis. Da herrscht der raffinierte Schwindler, der mit jeder höheren Stufe an Gewissenlosigkeit zunimmt. In einem großen kapitalistischen Betriebe soll sich die Tüchtigkeit des Höhergestellten oft gerade darin zeigen, daß er oder sie die rückwärtsste Ausbeutung der Untergebenen recht gründlich versteht.

Wie immer es sich in diesem Falle verhalten mag, jedenfalls stehen der einen Massenentlassung weiblicher Angestellter Klagen und Anstellungen in großkapitalistischen Betrieben gegenüber. Vor einiger Zeit wurde aus New York berichtet, daß die großen Lebensversicherungsgesellschaften mit Vorliebe Frauen anstellen und ganze Scharen männlicher Angestellter entlassen, um Frauen an ihre Plätze zu stellen. Die Direktoren jener Gesellschaften erklären, Frauen seien „ebenso tüchtig, dabei ehrlicher und zuverlässiger in der Arbeit wie die Männer“, „sie spielen und trinken nicht“. In der Metropolitan-Lebensversicherungsgesellschaft sind unter 2500 Bureauangestellten 1700 weibliche. In der Mutual-Gesellschaft werden regelmäßig Frauen bei Reuanstellungen vorgezogen. Man mag einwenden, daß sie wahrheitslieblich billiger sind, aber das ist eine andere Frage und darum handelt es sich hier nicht, sondern um ihre Brauchbarkeit, um ihre angezeigten Fähigkeiten. Diese sind es, die ihre Verwendung begünstigt macht. Dieser Tatsache gegenüber kommt das eine schlechte Zeugnis, das unter besonderen Umständen zu stande gekommen sein mag, nicht in Betracht. Daß es so überraschend wirkt, beweist schon, daß man es hier mit einer vereinzelten Erscheinung zu tun hat, die der rechten Erklärung noch bedarf.

## Gerichts-Zeitung.

Zwei Flugblattprozesse beschäftigten am Donnerstag das Kammergericht. Genosse Stolz und einige andere Parteigenossen waren vom Landgericht Raumburg als der zweiten Instanz zu Geldstrafen verurteilt worden, weil sie am Sonntag, den 14. Januar, in einigen Dörfern sozialdemokratische Flugblätter, die sie in der Tasche trugen, in der Weise verteilten, daß sie einer in ein Haus hineinging und ein Flugblatt hineinsteckte. Das wurde als öffentlich bemerkbare Arbeit angesehen, die durch die in allen Provinzen erlassenen Verkommungsverordnungen an Sonn- und Feiertagen verboten ist. Das Landgericht sagte in seinem Urteil unter anderem: Wenn auch das Tragen der Flugblätter nicht als eine körperliche Anstrengung anzusehen sein mag, so stellt doch das Gehen von Haus zu Haus, das Öffnen jeder einzelnen Haustür, das Niederlegen je eines Exemplars der Flugblätter in den Häusern eine Arbeit dar. Diese Arbeit war, wie seiner Ausführung bedarf, eine öffentlich bemerkbare, da sie von jedem Vorübergehenden und von jedem am Fenster Befindlichen bemerkt werden konnte.“

Die Angeklagten legten Revision ein. Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht als ihr Vertreter wandte sich besonders gegen die Art, wie hier das Landgericht zur Annahme einer öffentlich bemerkbaren Arbeit gekommen ist, wobei es sich in mehrfacher Hinsicht in Widerspruch setzte mit der Judikatur des Kammergerichts. Der Anwalt vertiefte sich auf mehrere der bekannten höchstinstanzlichen Entscheidungen, wo die Begriffe der „öffentlichen Bemerkbarkeit“ und der „Arbeit“ auseinanderzusetzen sind und wo namentlich der der „Arbeit“ bestimmt wird dahin, daß nicht jede Beschäftigung eine Arbeit sei, sondern nur die, welche mit einer gewissen Anstrengung verbunden wäre und nicht lediglich des Vergnügens wegen unternommen werde.

Der erste Strafsenat des Kammergerichts hob die Vorinstanzurteile auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück, indem er ausführt: Man könnte vielleicht annehmen, daß hier der Begriff der Arbeit allenfalls zur Rot erschöpft sei. Dies würde ganz sicher der Fall sein, wenn das Landgericht sagen würde: Wenn auch das Tragen der Flugblätter nicht als körperliche Arbeit anzusehen sein mag, so stellt doch das Gehen von Haus zu Haus, das Öffnen jeder einzelnen Tür, das Niederlegen je eines Exemplars eine Anstrengung dar; usw. usw.“ Das Landgericht sage aber nicht „Anstrengung“, sondern „Arbeit“. Das genügt nicht. Auch sei in dem Urteil nicht deutlich gemacht, wie es sich mit dem Niederlegen der Flugblätter verhalte. Wenn es in den Häusern erfolgte, sei es nicht ohne weiteres öffentlich bemerkbar. Schon deshalb setze sich das Landgericht dem Verdacht aus, daß es den Begriff der öffentlich bemerkbaren Arbeit nicht ge-



# Warenhaus Wilhelm Stein

□ Berlin N. 39, Chausseestr. 65-66 □

## Porzellan=Woche

von Sonnabend, den 23., bis Freitag, den 29. Juni cr., so lange Vorrat:



### 3 Waggon Porzellan



bringen wir in dieser Woche zum Verkauf und zwar:

Teller, Terrinen, Saucieren, Bratenschüsseln, Kompottieren, Kaffeekannen, Tassen, Milchtöpfe, Kaffee- und Tafelservices.

Ferner: Ein großer Posten Geschirre in blau unter Glasur mit Gold, weit unter der Hälfte des regulären Wertes.

Diese Artikel eignen sich zur Zusammenstellung kompletter Tafel- sowie Kaffeeservices.

Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt.

**Gesellschaftshaus Ostend**  
Memelerstr. 67. Inh. Paul Litfin. Tel. Amt 7, No. 1075.  
Unterzeichneter erlaubt sich, seine Lokalitäten in empfehlender Erinnerung zu bringen. Sein Saal mit Bühne und Nebensälen 600 Pers., Lunge 150 Pers. fassend, sowie Vereinssaal im Pianino, in jeder Größe, seien den geehrten Vereinen und Gesellschaften zur Abhaltung v. Versammlungen, Vergnügungen, Hochzeiten u. Festlichkeiten, auch Sonntags, z. Verfügung. Paul Litfin.

Trotz aller Anfeindungen bleibt  
**Restaurant „Waldhaus“**,  
Rauchfangswerder bei Zeuthen,  
auf der Höhe, das beweisen die Referenzen und Anerkennungen. Vereine, Gewerkschaften, Fabriken usw. erst Totalbesichtig. Küche prüfen und dann abschließen.  
Sonntage im August, Sonnabende im Juli für große und kleine Fabriken. Wochenlage zu günstigen Bedingungen.  
Schnelle Verbindung vom Götlicher Bahnhof und über Stadtbahn bis Zeuthen in einer Stunde zu erreichen.  
Um günstigen Zuspruch und Abbruch bitten der Inhaber  
**Karl Römisch.**

Eine Mark wöchentl. Teilzahlung  
liefern elegante fertige **Herren-Moden.**  
Ersatz für Maß.  
**Maß-Anfertigung**  
feinste Verarbeitung  
Garantie tadelloser Sitz.  
**J. Kurzberg,**  
An der Jannowitz-Brücke 1, I.  
Direkt am Bahnhof.  
Kein Waren-Kredithaus.  
**Waldhaus, Nieder-Schöne-weide**  
(fr. „Barbarossa“), Berlinerstr. 14b  
**Julius Jacobi,** Tausend Garten. Sonntag's Freikonzert.

**W. Zapel,**  
Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.  
Größtes Spezial-Geschäft für Seiden- und Filz-Hüte.  
Größte Auswahl in Strohhüten.  
Lager in Schirmen und Mützen.  
**Raucht Kios-Zigaretten. Kleine Kios 2.**  
Spezialmarke: pro Stück 2 Pf. 1151L\*  
Hauptniederlage der Zigarettenfabrik „Kios“, Dresden.  
**H. & P. Uder,** Tabakgroßhandlung u. Tabakfabrik, Engel-Ufer No. 5. Amt 4. 3014.  
**Zuckerpreise steigen!**  
Wer sich für die Preisbewegungen an den Produktionsmärkten interessiert, verlange Prosektur's Broschüre: „Das Wirtschaftsleben der Gegenwart und der Zukunft“. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen. (Komm. Otto Weber, Leipzig). Vollständige Ausgabe M. 2.—. Teil und Volksausgabe 60 Pf.

# Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.  
Das erste Wort (Setzgedruckt) 20 Pf., Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (Setzgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

**ANZEIGEN**  
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 1 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**  
Garbinenhand GroßeFrankfurterstr. 9, parterre. 14  
Fahrräder, Teilzahlungen. Bergstr. 28, Salfelderstr. 40. 15000L\*  
Tepiche (Schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Odestr. Markt 4, Bahnhofs Börse. 262/3  
Hochverehrte Herrenanzüge, Sommerpaletots, die aus feinsten Stoffen gefertigt wurden, 18 bis 38,00, Herrenhosen 7-12,00 verkauft täglich, Sonntags. Deutsches Versandhaus, Bögerstr. 68, 1 Trepp.  
Herrenanzüge, Westen, Goldschmiedspottbillig, Handlungshaus, Rühlensplatz 7. 1628L\*  
Bettverkauft, Stand 10,50, große 16 Mark, Wäsche, Garbinen, Decken spottbillig. Handlungshaus Rühlensplatz 7. 1628L\*  
Gastgeberhand! Geschlossene Dreifachgeschlossener! 5,00. Einlochgeschlossener! 0,75. Badkesselapparat! 3,00. Dreifachmische Bronzegashronen! 6,00. Gasheizer! 1/2, Bohlaner, Ballnertheaterstr. 32. 1620L\*  
Monatsanzüge, Sommerüberzieher von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Designquelle. Schneidermeister Paul Hartenstein. Nur Kollentstraße 10. Kein Laden. Jede keine Mitalen. 265/8\*  
Federbetten, schöne breite, Stand 20 Mark, Dresdenstr. 33, vorn II linke. 134/6\*  
Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Westrocken von 12,00 an, Jacken von 2,50 an, sowie für Touristen. Neue Garderobe zu äußerst billigen Preisen, aus Handarbeiten verfertigte Sachen kauft man am vortheilhaftesten bei Kauf, Wulandstr. 14. 2435L\*Kanarienvögel, Neuzeitige Klangvorrichtung, 1900 höchsten Ehrenpreis, goldene Medaille. Verlässliches Justmaterial. Große Auswahl. Verkauft stets, Köpenickerstr. 154a. 1273L\*

Nahmaschinen, Zahl bis 12,00, mer Teilzahlung kauft oder nachweilt. Sämtliche Systeme. Woche 1,00. Volkstasche, Drahter, Thierstr. 90. 730\*  
Steppdecken billigst Robit Grohe Frankfurterstr. 9, parterre. 71  
Zigarrengeschäft, Todesfall, sofort verkauft Gedrig, Sparrstraße 1.  
Räderverteilung, Zweifacher, Dreifacher, Radräder, neue und gebrauchte spottbillig, auch Teilzahlung. Große Frankfurterstr. 14, Rummereil. 730\*  
Abdrückerpumpe 8,00-100,00, alle billigst, Sauger, Rohre, Schläuche, Reparaturen billigst. Pumpenwerk, Adlerstr. 81. 795\*  
Tepiche mitfarbenenkleinen Fabrikmalerlogs Große Frankfurterstr. 9, parterre. 71  
Kinderwagen, Sportwagen, Kinderbettchen, gebrauchte, zurückgelehrt spottbillig. Schneider, Rühlensplatz 7. 2176L\*  
Zigarrengeschäft verkauft billig Rüdiger, Müllerstr. 37, Ecke Kollentdamerstr. 778\*  
Hochlegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Mitalen. 15075L\*  
Goldrenner 28,00, Spottpreis, seltene Gelegenheit, verkauft sofort Horn, Große Frankfurterstr. 124.  
Tepiche, reichgestickte Vorläufer, Garbinen, Wäschdecken, Steppdecken, Sofa-loffe, Dinnabeden, Käuferstoffe spottbillig Potsdamerstr. 100, Räder.  
Restaurant 1400,00, Miete 900,00, Ertragen Langestr. 71, Küche. 730  
Braubagarien, Königsamazonen, Doppelgelbblühe, Riesengelbblühe, spottbillig, Lieferländer, Pflanzener. Tausche auch. Gneisenaustr. 16.  
Wasserlaugegeschäft, flott gehend, mit Schnapschank, Rolle und großen Borräten zu verkaufen für 8000 Mark, Miete 550 Mark, Landweg, Station Groß-Lichterfeldstr., Bodenstr. 18, beim Markt. 2535L\*  
Zigarrengeschäft verkauft Rosand, O., Köpenickerstr. 6. 134/13

Vierverlag, nachweislich gutgehend, billig zu verkaufen. Schlipfstr. 7-8. 134/12\*  
**Verschiedenes.**  
Kunsttöpferei von Frau Rosoldy, Charlottenburg, Gertheinstr. 84, I.\*  
Pflanzliche, Pringenstr. 63, täglich 8-9, Sonntags bis 2. 1429L\*  
Warenhaus Wessel, Köpenickerstr. 91a. 2172L\*  
Herrenradgeschäft, Damenradgeschäft, auch beid. Preisangabe, Beschäftigungsbil. Große Frankfurterstr. 14, Rummereil. 730\*  
Teilzahlung, Anfertigung eleganter Herrengarderobe. Marcus, Landbergerstr. 75. 1639L\*  
Handwäscheri, Frau Dändlche, Köpenick, Gartenstr. 9a, wäschschonend, Tafel, Leibwäsche, 4 Handtücher, Taschentücher 0,10, Abholung Montags. 2534L\*  
Platinabfälle, Gold, Silber, Gefäße, photographische Rückstände kauft Goldschmelze Dros, Brangelstr. 4, Telephon Amt 4, 6958. 134/11\*

**Vermietungen.**  
**Wohnungen.**  
Cudenarderstr. 37 sofort Kleinwohnungen. 2485L\*  
**Zimmer.**  
Möbliertes Zimmer, Klein, Gertheinstr. 3, vorn. 779  
Möbliertes Zimmer, (eparat), fast Herr Nähe Rühlensplatz, Preisofferten K. W. 24 Wohnamt 86. 7110  
Separates zweifelhütiges Vorderzimmer, 1 oder 2 Herren oder Damen. Wassertr. 53, 4 Treppen, Wojent.  
**Mietsgesuche.**  
Gut situierter Arbeiter sucht ein- bis möbliertes Zimmer, inklusive Kosten 15 Mark. Postlagernd M. 13 Wohnamt 43. 2533L\*

**Arbeitsmarkt.**  
**Stellenangebote.**  
Automobilfahrer! Jedermann wird schnellstens zu erstklassigen Chauffeur ausgebildet. Lehrpläne kostenlos. Blühendste Erfolge. Auto-lehrinstitut, Berlin, Spichernstr. 11/12.  
Schlossergesellen auf Baubeauftrag verlangt Blume, Charlottenburg, Schillerstr. 97. 2491\*  
Wärmeschleifer verlangt Weigen, Rühlensplatz 129. 2536L\*  
Barockvergoldener, (Barockvergoldener) finden dauernde Beschäftigung. Goldschmiedfabrik C. Rühlensberg, Rühlensplatz, Weigen, Langenbahnstr. 128/129. 240/15  
Korbmacher auf edle, grün gefärbte Arbeit stellt ein Karl Großmann, Franz-Duhamel, Berlinerstr. 6. 1640L\*  
Wacker auf Goldschmied verlangt Rühlensplatz 9. 74  
Verfärberei-Gehtling verlangt Rühlensplatz 98. 74  
Zimmerer verlangt Rader, Waldmannstr. 79  
Grappler verlangt G. Müller, Samariterstr. 12. 7129  
Steinmetz resp. Bildhauer auf beste Steinmetzen und Konfolen, welcher auch sauber Steinmetzerei hand, verlangt für dauernde Beschäftigung sich Caffé, Wiesenstr. 12.  
Cudenarderstr. 37, größere Hausreinigung 1. Juli. 2485L\*  
Aufwärterin zum 1. Juli (drei Stunden vormittags) verlangt Scholz, Waisenstr. 16. 74  
Zeitungsfräulein für Tiergarten-Giertel, Lohn 40,00 Mark, verlangt Kronenstr. 65, Keller. 25075L\*  
Zeitungsfräulein finden dauernde und lohnende Beschäftigung. Tour Wilmstr. 22. 134/7\*  
Botenfräulein finden sofort sehr lohnende und dauernde Beschäftigung Pringelstr. 41. 134/5\*

Zum Arbeitsmarkt durch besonderen Druck herbeigehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.  
**Kunstschlosser.**  
Wir suchen einen tüchtigen selbstständigen Kunstschlosser, erste Kraft, mit Schmieden von Gittern, Blumen und Blättern jeder Stilart vollständig versiert. Bei Konsistenz dauernde Stellung. Eintritt kann sofort erfolgen. Kellervergütung. Zeugnisabschriften, Angabe des Alters und Verdienstes zu richten unter S. H. 3586 an Rudolf Haase, Stuttgart. 134/8\*  
**Achtung! Fliesenleger!**  
Wegen Uffordbarkeit und anderer Differenzen sind sämtliche Bauten der Firma  
**Schmalisch & Below** gesperrt.  
Die Bauten sind:  
Rühlensstr. 88 und 89, Bau Thöple.  
Neue Kunststr. 1, 2 und 3 sowie der Bau Lange.  
Lützenplatz, Ecke Kaiser Friedrichstr., Bau Hans.  
Sadowstr. 10, Bau Hollmann.  
Barbarossastr. 63, Bau Berndt.  
Berlinerstr., Ecke Straße 12k, Bau Langnid und Bau Lang.  
Wismarstr., Bau Schallfeldburg.  
Lieserstr. 108.  
Holonstr., zwei Bauten Huming.  
Bradow-Stranzenhaus, Seefstr. 17.  
Friedrichstr., Bau Rühlens.  
Schmiedestr., Bau Rader.  
Bertholdstr., Bau Kraus.  
Friedrichstr., Rühlensplatz, Ecke der Schadowstr.  
Wormstr. 10.  
Es ist Pflicht jedes organisierten Kollegen, diese Bauten streng zu meiden.  
Die Sektionsleitung.  
144/11\*

**Deutsch. Buchbinderverband**  
(Zahlfelle Berlin).  
Folgende Firmen haben, weil das Personal nach der Beendigung der Versammlung nicht reumütig und bedingungslos in die Betriebe zurückkehrte, weiter respektive erneut ausgespart:  
G. Wäbber & Co., Wilhelmstr. 9.  
H. Sperling, Friedrichstr. 16.  
D. Bleistein, Friedrichstr. 16.  
Ludert & Bauer, Rühlensstr. 80.  
Fritsche-Baumbach, Schadowstr., Sadowstr.  
H. Reib, Köpenickerstr. 107/8.  
H. Schubert, Wilmstr. 121.  
C. Metschke & Co., Zimmerstr. 94.  
A. Schoß, Wilmstr. 121.  
A. Schoß, Wilmstr. 121.  
Schneider & Ziegler, Wilmstr. 76.  
Riekmann, Wilmstr. 121.  
Nauck'sche Buchdruckerei, Sadowstr. 5.  
Ad. Ludwig, Wilmstr. 5/6.  
Fleek Nachf., Sadowstr. 87.  
Kammerer, Rühlensstr. 67.  
C. F. Walter, Wilmstr. 16/17.  
Rich. Gahl, Wilmstr. 20.  
Agthe, Wilmstr. 119/20.  
Lotze & Stier, Rühlensstr. 8.  
Ad. Wittenburg, Wilmstr. 16.  
Xaver Külle, Reichensbergerstr. 38.  
Kartonsarbeiter u. Arbeiterinnen! Kartonnieren!  
In der Kartonsfabrik von Ad. Lesser, Rühlensstr., sind tarifliche Differenzen ausgedrochen. Diese Betriebe sind gesperrt!  
Die Firma Aloys Sak, Rühlensstr. 4 (Reinhardt) ist für Galanteriearbeiter und Arbeiterinnen wegen Differenzen gesperrt.  
Die Ortöverwaltung.  
24/12

Partei-Angelegenheiten.

Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein für Teltow - Weeslow - Storkow - Charlottenburg.

General-Versammlung

am Sonntag, den 24. Juni d. J., nachmittags 1 1/2 Uhr, in Rigdorf, Goppes Restaurant, Hermannstr. 40.

Tagesordnung:

- 1. Berichte des Vorstandes und der Funktionäre.
2. Ersatzwahl eines Vorstandemitgliedes.
3. Die Kenderung des preussischen Landtagswahlgesetzes und ihre Einwirkung auf den Kreis Teltow-Weeslow. Referent: Genosse Paul Girsch-Charlottenburg.
4. Anträge.
5. Die Generalversammlung von Groß-Berlin und Wahl der Delegierten dazu.
6. Verschiedenes.

Laut Statut ist jeder Wahlverein berechtigt drei Delegierte zu entsenden. Die Delegierten müssen mit Mandat versehen sein. Parteigenossen haben als Gäste Zutritt.

Der Vorstand. J. A. W. Eberhardt.

Zur Lokalliste. Aus Anlaß des am Sonntag, den 24. Juni cr., in Haffelwerder stattfindenden Sommerfestes des vierten Berliner Reichstagswahlkreises richten wir auf besonderen Wunsch der Genossen von Nieder-Schöneweide an alle Festteilnehmer das dringende Ersuchen, streng die Lokalliste zu beachten. Die Lokale der näheren Umgebung von Haffelwerder: „Loreley“, „Reptunshain“, der „Neue Krug“ und „Riffhäuser“, stehen der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung, worauf wir ganz besonders hinweisen. Auf wiederholt an uns gerichtete Anfragen wollen wir bei dieser Gelegenheit mitteilen, daß der Inhaber des letztgenannten Lokals „Riffhäuser“, Herr Köhner, gleichzeitig Inhaber der Schiffreederei „Tismer“ ist (Abfahrtsstelle Schillingbrücke). Wir ersuchen die Parteigenossen, auch dies genau beachten zu wollen.

Die Lokalkommission.

Rigdorf. Die Parteigenossen werden hiermit auf die am Sonntag 1 Uhr nachmittags in Goppes Festhalle stattfindende Kreis-Generalversammlung aufmerksam gemacht. Da die dort gepflogenen Verhandlungen von großem Interesse sind, rechnet auf zahlreichen Besuch.

Der Vorstand.

Treptow. Der Wahlverein hält heute abend in der „Konfordia“ früher Karpenteich, Köpenicker Landstraße, einen Sommernachtsball ab. Da mehrere Arbeiter-Sportvereine ihre Mitwirkung zugesagt haben, verspricht das Fest anlässlich zu werden. Zahlreicher Besuch der Genossen und ihrer Familien wird deshalb erwünscht.

Das Komitee.

Nieder-Schöneweide. Der Wahlverein hält am Montag, den 25. d. M., abends 8 Uhr, im Lokal „Haffelwerder“, Haffelwerderstraße 8 (Inh.: Albert Scherach), eine Versammlung ab, in der der Genosse Adolf Heller über: „Eine einheitliche Arbeiterversicherung“ referieren wird. Gäste haben Zutritt. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.

Der Vorstand.

Schmargendorf. Arbeiter, Parteigenossen! Heute abend feiert der hiesige Wahlverein im „Wirtschaus Schmargendorf“, Barnimenderstr. 6, sein 15. Stiftungsfest und erwarten wir von den Parteigenossen einen recht zahlreichen Besuch dieses Festes. Das Komitee hat weder Mühe noch Kosten gescheut, um allen Teilnehmern einen recht genussreichen Abend zu verschaffen. Parteigenossen! Zugleich veranlaßt der Arbeiterverein unseres Ortes anlässlich seines 25-jährigen Bestehens eine Vorfeier und will, wie verlautet, am Abend einen Fackelzug durch den Ort veranstalten. Von der aufgefäierten Arbeiterschaft unseres Ortes erwarten wir, daß sie sich an diesem Umzuge nicht beteiligt.

Rönigs-Wusterhausen. Am morgigen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, findet im Lokal von Webhorn (Altes Schützenhaus) eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Kegel-Verlin einen Vortrag über „Der politische Massenstreik“ halten wird. Zahlreiches Erscheinen aller Partei- und Gewerkschaftsmitglieder Rönigs-Wusterhausens und Umgegend wird erwartet.

Berliner Nachrichten.

Von der Erholungssteuer.

„Willeit- und Lustbarkeitssteuer“, so nennt sich die allerneueste Steuerblüte, durch die unser Magistrat nun, wie wir bereits gemeldet haben, die angeblich ganz elenden Finanzen Berlins wieder ein bißchen aufbessern will. „Willeit- und Lustbarkeitssteuer“, klingt das nicht, wie wenn diejenigen, die sie den Berlinern beschaffen wollen, sich sogar ein Verdienst dadurch erwerben? Ist es nicht ein übliches Beginnen, daß sie das „Vergnügen“, die „Genussucht“, die „Ausgewweifung“ besteuern, damit diese schlimmen Untugenden mal ein klein wenig eingebämmt werden?

Die Idee, daß man durch Besteuerung von „Lustbarkeiten“ dazu beitragen könne, die sündige Menschheit wieder zu einem erbaulicheren Leben zurückzuführen, ist nicht neu. Wenn etwa die freisinnigen Freunde dieser Berliner Willeit- und Lustbarkeitssteuer unter den „Vorzügen“, die sie rühmend hervorheben werden, auch diesen anführen sollten, so kann's ihnen leicht passieren, daß das reichshauptstädtische Rudertum ihnen die Waterschaft freilich macht. Das Rudertum hat es schon lange gewünscht und herbeigesehnt, daß es anderen Leuten möglichst schwer gemacht werde, sich die Erholung zu suchen, die ihnen zuzagt. Alle Augenverdrehen werden es den Berliner Steuerjuchern und Steuerfindern danken, daß jetzt endlich auch eine Steuer auf die „Genussucht“ gelegt werden soll — danken, soweit nicht ihre eigenen Veranstaltungen, mit denen sie selber vor ihr Publikum hinstreten, von der Steuer mitbetroffen werden.

Wäre es nicht richtiger und zweckmäßiger, diese Steuerblüte als „Erholungssteuer“ zu bezeichnen? Da würde man doch sofort, um was es sich handelt. Denn mit nichts anderem als mit einer Steuer auf die Erholung haben wir es hier zu tun. Die geplante Willeit- und Lustbarkeitssteuer ist eine Steuer auf die Befriedigung eines Bedürfnisses, das nicht zu den überflüssigen, sondern zu den sehr notwendigen gehört. Erholung ist ja wohl in allen so unentbehrlich wie das liebe Brot. Wir haben schon in der Befragung, die wir kürzlich (in Nr. 187) diesem eines Krähwinkels würdigen Steuerprojekt widmeten, darauf hingewiesen, daß da beinahe keine Veranstaltung verschont bleiben soll, die gegen Eintrittsgeld zugänglich ist.

Bestreit wären Veranstaltungen, die ausschließlich wissenschaftliche und belehrende Zwecke verfolgen und die weder berufsmäßig betrieben werden noch auf Gewinnerzielung gerichtet sind. Mit Recht haben die Gesangsvereine darauf hingewiesen, daß auch sie einen Anspruch auf Steuerbefreiung erheben dürfen. Aber nach allem, was man bisher gehört hat, wird für sie von solcher Steuerbefreiung keine Rede sein. Die Petition, die von bürgerlichen Gesangsvereinen gegen das Steuerprojekt an den Magistrat

gerichtet worden ist, wurde schon früher von uns besprochen. Und liegt jetzt auch die besondere Petition vor, die der Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend dem Magistrat überreicht hat. Hinter dem Umbe stehen rund 200 Arbeiter-Gesangsvereine mit etwa 7000 Mitgliedern — und mit ihnen die Hunderttausende, denen diese Vereine durch ihre eifrige und treue Pflege des Gesanges so oft Anregung und Erhebung gebracht haben.

Die Eingabe des Arbeiter-Sängerbundes legt dar, daß die ihm angeschlossenen Vereine keinerlei materielle oder sonstige gewerbliche Erwerbszwecke verfolgen. Durch die Pflege des Gesanges werde eine veredelnde Wirkung ausgeübt und somit dem Gemeinwohl gedient — und zwar desto mehr, je mehr es den Vereinen möglich sei, mit ihren Darbietungen an die Öffentlichkeit zu treten. Das wird aber erschwert, wenn die Veranstaltungen auch der Gesangsvereine besteuert werden und dadurch entweder für die veranstaltenden Vereine oder für die daran teilnehmende Bevölkerung teurer werden. Die Arbeiter-Gesangsvereine haben ein anderes Ideal als die Gesangsvereine, die auf Beteiligung aus bürgerlichen Kreisen rechnen. Sie legen nicht, wie die bürgerlichen Gesangsvereine es in ihrer Petition getan haben, Gewicht darauf, daß sie sich in der Pflege des deutschen Liedes „in Uebereinstimmung wissen mit Sr. Majestät Kaiser Wilhelm II.“ Auch sie schätzen das deutsche Lied — das deutsche Lied, bei dessen Pflege sie sich in Uebereinstimmung wissen mit der arbeitenden Klasse.

Die Steuer auf die Erholung, die der Berliner Freisinn plant, wird die Gesangsvereine der Arbeiterklasse härter treffen als die der bürgerlichen Klasse. Und sie wird, wenn sie auf das Publikum abgewälzt werden muß, auch von der Arbeiterbevölkerung viel schwerer aufgedrückt werden können als von jenen Gesellschaftsklassen, die den bürgerlichen Gesangsvereinen Beachtung schenken. Daselbe gilt auch für alle anderen Veranstaltungen, die von dieser Steuer betroffen werden sollen. In den Kreisen der Unbemittelten wird sie viel drückender empfunden werden als bei den Wohlhabenden.

Was die Gesangsvereine zu ihren Günsien gegen das Steuerprojekt vorbringen, das kann größtenteils als gegen die Willeit- und Lustbarkeitssteuer überhaupt gesagt gelten. Sind die Darbietungen der Theater und Konzerthäuser, weil diese nicht aus Liebhaberei, sondern um des Erwerbes willen betrieben werden, die der Bevölkerung weniger notwendig? Auch wer die minder edlen Formen der Erholung, den Besuch eines Varietés, eines Circus usw. oder die Teilnahme an Langvergnügen usw. für seine eigene Person nicht mag, wird doch nicht wünschen dürfen, daß sie anderen verteuert werden, denen sie eine Erholung sind.

Die Steuer, die uns Berlinern hier beschert werden soll, ist eine Steuer auf den Konsum, wie man sie sich schämmer kaum denken kann. Sie verteuert die Befriedigung eines Bedürfnisses, das selbst der eifrigste Steuerjücker nicht zum „Luzus“ rechnen kann, wenn er ehrlich sein will. Für die Erholungssteuer darf sich im Berliner Stadtparlament nun und nimmer eine Mehrheit finden.

Ein gut unterrichtetes Blatt.

In Berlin gibt es eine Zeitung, bei deren Lektüre jedermann zu der Ueberzeugung kommen muß, daß sie alles weiß. Sie hat eine ganz besondere Art, ihre Weisheit vorzutragen, so daß gegenüber dieser reichen Fülle gediegenster Kenntnisse der Leser in staunende Bewunderung verjunkt. Wir meinen das „Berliner Tageblatt“ des Herrn Rudolf Kossig.

Nun finden sich mitunter neidische Zeitungsschreiber von der anderen Richtung, die dem „B. Z.“ diesen Ruhm nicht gönnen. Sie passen scharf auf, und wenn sie irgendein Entdecken, daß etwas doch nicht so recht stimmt, dann stürzen sie sich auf diesen Schreiber, wie ein hungriger Hund auf ein gesundes Fressen, und freudestrahlend apportieren sie ihren eigenen Lesern, was sie erwischen haben. Ein solcher Streich ist kürzlich dem „B. Z.“ von der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“ gespielt worden.

Das „B. Z.“ hatte einen forschen Leitartikel veröffentlicht, der den diebstahligen Etat des Reiches Niederbarnim unter die Lupe nahm. Viel hatten die Roffemänner nicht in diesem Etat zu entdecken vermocht. Aber ein Punkt war ihrem Scharfblick aufgefallen: die bedeutenden Ausgaben, die für Unterhaltung des in Berlin befindlichen Reichshauses erforderlich sind. Das spielen sie auf, und mit kluger Wiene setzten sie auseinander, woraus die Höhe der Kosten zu erklären war: einfach daraus, daß der Reichs-Niederbarnim sich ein palastartiges Dienstgebäude in der Viktoriastraße gebaut hatte. Die Pracht dieses Hauses wurde von dem Artikelsschreiber so ausführlich geschildert, daß niemand mehr daran zweifeln konnte, ob er wirklich das Haus in der Viktoriastraße meinte. Und diese Idee bildete das Fundament des ganzen Artikels, mit ihr stand oder fiel er.

Jeder, der in Berlin einigermaßen Bescheid weiß, mußte natürlich sofort bemerken, daß das in der Viktoriastraße befindliche Haus dem Reichs-Niederbarnim gehört. Das Reichshaus von Niederbarnim liegt am Friedrich-Karl-Ufer. Doch sollte man das dem „B. Z.“ aufmunger?! Ei, da mühte man ja nichts Besseres zu tun haben, wenn man jede Klugschmuserie des Roffedblattes auf ihren Wert zurückführen wollte! Insofern, die „Deutsche Tageszeitung“ bezieht sich, in einem schulmeisternden Artikel den Reinsfall des „B. Z.“ an die große Glocke zu hängen. Sie hielt den Roffemännern vor, daß schon ein slüchtiger Witz in das Adreßbuch ihnen gezeigt hätte, wem der Palast in der Viktoriastraße gehört. Offenbar hat auch das Agrarierblatt den Etat nicht selber gelesen. Sonst würde es vermutlich dem „B. Z.“ auch das vorgehalten haben, daß sogar im Etat auf Seite 4 und auf Seite 16 groß und breit zu lesen steht: Reichshaus Friedrich-Karl-Ufer 5. Die Roffemänner haben das natürlich nicht gesehen.

Warum wir dies alles hier erzählen? Weil das „B. Z.“ es bisher nicht für nötig gehalten hat, seine Leser über den Tertium aufzuklären. Es gibt doch nichts Drolligeres als die Angst des „B. Z.“ vor dem Irrtum — den es eingestehen soll. Dürfen wir mit einem Vorschlag kommen? In Berlin erscheint ein Blatt, das als Mischblatt gelten will und sich „All“ nennt. Es registriert auch unfreiwillige Komik anderer Leute, allerlei spähige Irrtümer, Stillsblüten und Druckfehler aus fremden Blättern. Wir machen die Redaktion des „All“ aufmerksam auf die unfreiwillige Komik des „B. Z.“, wie sie hier und in ähnlichen Leistungen zutage tritt. Der „All“ erscheint zwar gleichfalls in Roffes Verlag und wird sogar dem „B. Z.“ selber beigelegt. Aber das wird hoffentlich kein Grund sein, der daran hindern könnte, die Leser des „B. Z.“ durch den „All“ auf Kosten des „B. Z.“ zu erheitern.

Wieder ein Kampfgenosse dahin. Im Alter von 43 Jahren ist gestern der seit langem in der Partei tätige Genosse Franz Hoch gestorben. Seit Oktober vorigen Jahres litt Genosse Hoch an einem unheilbaren Leiden, das ihn aufs Krankenbett zwang und von dem er nun durch den Tod erlöst wurde. Hoch wirkte seit vielen Jahren im dritten Wahlkreis und war hier in der unermüdetsten Weise tätig. Die Genossen des Kreises sandten ihn in die verschiedensten Körperschaften der Berliner Partei; so bekleidete Hoch eine Zeitlang das Amt eines Mitgliedes der Prehkommmission, später wurde er zum Vorsitzenden des Wahlvereins gewählt und zuletzt verfaß er fünf Jahre das Amt eines Vertrauensmannes. Als Obmann der Prehkommmission mußte er im Jahre 1890 mit auf der Anklage-

bank in dem bekannten Nuer-Prozess Platz nehmen, jenem Prozeß, der mit einem gründlichen Fiasko der Berliner politischen Polizei endete.

Hoch gehörte somit zu denjenigen Parteigenossen, die die für die Partei so notwendigen und an den einzelnen so hohe Anforderungen stellende Kleinarbeiten vorbereiten und durchführen halfen. Diese Tätigkeit erfordert große Ausdauer und setzt einen hohen Grad von Idealismus und Ueberzeugungstreue voraus. Hoch erlitt die Arbeit nicht eher, bis ihn seine Krankheit zwang, der liebgeordneten Parteitätigkeit zu entsagen. Seine Mitarbeiter, mit denen Hoch seit Dezember 1904 in der Expedition des „Vorwärts“ zusammen arbeitete, der dritte Wahlkreis und auch die Sozialdemokratie Berlins betrauern das Hinscheiden Hochs auf das schmerzlichste; seine Opferfreudigkeit und sein uneigennütziges Wirken für die Partei sichern ihm ein dauerndes Andenken.

Die Berliner Parteigenossen werden nicht veräumen dem verdienstvollen Kämpfer am Sonntag das letzte Geleit zu geben. Die Beerdigung findet nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Krankenhauses am Urban aus nach dem Freiheitstagen Friedhof in der Vappellallee statt.

Neue Reklamesäulen. Reklamesäulen mit Telephonautomaten und Spüllingsbriefkästen sollen nach einem in der gestrigen Magistratsitzung gefaßten Beschluß demnächst auf den Straßen und öffentlichen Plätzen Berlins aufgestellt werden. Die Reklamesäulen der Reichspostverwaltung m. B. D. „Rhönitz“ hat beim Magistrat beantragt, ihr das Recht einzuräumen, innerhalb des Stadtgebietes mindestens 65 Reklamesäulen mit richtigengehenden nach der Hauptuhr der königlichen Sternwarte regulierten Uhren aufzustellen, wogegen die jetzt vorhandenen 30 Uramasäulen beseitigt werden sollen. Der Magistrat hat den Antrag unter der Bedingung genehmigt, daß von diesen Säulen dreißig mit Telephonautomaten und sechs mit Spüllingsbriefkästen ausgerüstet werden. Die Reichspostverwaltung hatte bereits bei der Stadt die Herabgabe von Straßenland für Telephonautomaten und Briefkasten Säulen beantragt, dem Antrage standen aber verkehrspolizeiliche Bedenken entgegen. In Stockholm und anderen schwedischen Städten erfreuen sich die an öffentlichen Plätzen und Straßen aufgestellten Telephonautomaten großer Beliebtheit, da sie leichter zugänglich sind, als die in Häusern untergebracht, und auch bei Nacht, z. B. bei plötzlichen Erkrankungen, Unfällen, Feuergefahr usw. benutzt werden können. Die Spüllingsbriefkästen sind für Briefe bestimmt, die gegen eine erhöhte Gebühr nach Schluß der eigentlichen Dienststunden nach bestimmten Bahnhofen eingeliefert werden. Der zwischen dem Magistrat und der Gesellschaft „Rhönitz“ vereinbarte Vertrag wird noch vor den Ferien der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden. Es wird beabsichtigt, bei dieser Gelegenheit auch die aus den Außenbezirken geltend gemachten Wünsche nach Aufstellung neuer öffentlicher Uhren zu erfüllen.

Der Direktor des statistischen Amtes der Stadt Berlin, Prof. Dr. Girschberg, ist gestern nach langem schweren Leiden an Folgen der Gelfucht gestorben. Die Stadt Berlin verliert an ihm einen fleißigen, kenntnisreichen und sehr pflichttreuen Beamten. Er war der Nachfolger des bekannten Statistikers Geheimrat Dr. Böckh.

Das Risiko der Arbeit.

Wenn die Arbeiter in ihren Lohnkämpfen mit den Unternehmern auf die großen Gewinne hinweisen, die diese einheimen, so hält man ihnen gern den Einwand entgegen, daß die Unternehmer auch ein großes Risiko haben, indem sie ihre Kapitalien in den Betrieb stecken. Das rechtfertige auch größere Gewinne. In das Risiko der Arbeiter denkt man dabei nicht. Die Arbeiter riskieren aber in vielen Betrieben vielfach ihre Gesundheit und in anderen müssen sie ihr Leben in die Schanze schlagen. Von gestern liegen wieder folgende Nachrichten vom Schlachtfeld der Arbeit vor:

Bei der Arbeit schwer verunglückt ist gestern abend der vierzigjährige Maler Bernhard Gost von der Bendstr. 14 wohnhaft. G. baute in einem Cafe in der Schillstr. 4, welches zurzeit renoviert wird, Malereien ausgeführt und sich zu diesem Zwecke auf ein Leitergerüst gestellt. Plötzlich verlor er das Gleichgewicht und stürzte von dem Gerüst ab. Schwerverletzt wurde G. nach der Unfallstation am Zoologischen Garten gebracht. Er hatte mehrere Rippenbrüche, sowie schwere Verletzungen an der Schulter erlitten und mußte dem Moabiters Krankenhaus zugeführt werden.

Bei Vermessungsarbeiten vom Dach gestürzt und lebensgefährlich verletzt wurde gestern morgen der 39-jährige Dachdecker Wilhelm Jähle aus der Wienerstraße. J. hatte auf dem Dache eines Wirtschaftsgebäudes der Norddeutschen Brauerei Vermessungsarbeiten vorgenommen und war dabei infolge eines Fehltrittes in die Tiefe gestürzt. Unglücklicherweise schlug der Verunglückte mit dem Kopf auf das Pflaster auf und zog sich einen schweren Schädelbruch zu. Auch beide Arme wurden dem Bedauernswerten gebrochen. Nach Anlegung von Notverbanden auf der Unfallstation in der Lindowstraße sand J. in der Charité Aufnahme, wo er hoffnungslos daniederliegt.

Ein weiterer Unfall ereignete sich im Laufe des gestrigen nachmittags in der Bodrauerei am Tempelhofer Berg. Dort stürzte der 40-jährige Arbeiter Belize beim Auslegen der Dackpappe einen Stod hoch herunter und brach sich beide Arme, auch zog er sich schwere Schädelverletzungen zu. G. wurde zunächst nach der Unfallstation in der Bellealliancestraße gebracht, um von dort mit einem Notverband versehen, in die Charité übergeführt zu werden.

Vier Personen von Hunden zerfleischt. Schweres Unheil haben gestern drei Hunde auf dem Gesundbrunnen angerichtet. Die Produktenhändlerin Emma Gulde, Granatenstr. 5 wohnhaft, hatte sich von einer Nachbarin einen Ziehund geliehen. Das außerordentlich bissige Tier schien damit gar nicht einverstanden zu sein, denn als sich der kleine Sohn der G. dem Hunde näherte, fiel dieser über das Kind her. Erschrocken eilte die Mutter hinzu und versuchte die wütende Bestie zurückzuziehen. Nun wandte sich das Tier gegen Frau G. und brachte ihr elf Fleischwunden an beiden Armen bei. Auch der Sohn war blutig gebissen worden. Die ersten Notverbände erhielten die beiden auf der Unfallstation XVII. — In der Wohnung des Rektors G. in der Truantsstraße hatte das Dienstmädchen dem Hund seiner Herrschaft, einer Wulfdogge, versehentlich auf den Schwanz getreten, worauf sich das Tier wütend auf das Mädchen stürzte. Die 24-jährige Tochter des Rektors wollte den Hund beruhigen, erreichte jedoch das Gegenteil. Das Tier wandte sich jetzt gegen die eigene Herrin und biß ihr tief in die Arme. Auf der Unfallstation in der Badstraße wurden nicht weniger als 9 Verletzungen festgestellt. — Von dem Hunde eines Nachbarn übel zugerichtet wurde der 7-jährige Schüler Walter Anale, Wiesenstraße 5. Das Tier war ohne Maulkorb herumgelaufen und hatte den Anaben, der auf der Straße spielte, angefallen, ihm die Kleider gerissen und Wunden am linken Oberschenkel beigebracht.

Sturz aus dem Fenster. In der Remelerstraße Nr. 68 war das 24-jährige Mädchen Robert des Arbeiters flechtig aus der zweiten Etage herabgestürzt und fast auf der Stelle tot. Der Kleine hatte in der eiterlichen Wohnung das Fenster erklammert und sich zu weit hinausgebeugt. Er fiel auf den Hof hinunter und brach sich den Schädel. Auf der Rettungswache in der Frankfurter Allee konnte der Arzt nur noch den Tod feststellen.

Die Leichen zweier unbekannter Selbstmörder sind gestern auf der Spree gelandet worden. Mittags wurde am Schiffbauerdamm über an der Kronprinzenbrücke die Leiche eines etwa 35-jährigen jungen Mannes aus Ufer geschwemmt. Der Selbstmörder dürfte erst vorgestern den Tod in der Spree gesucht haben. Der Unbekannte ist bartlos und hat anscheinend dem Arbeiterstande an-





# Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.  
Sonntag, den 23. Juni, mittags 1 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
Engel-Ufer 15, Saal 4:

## Versammlung

der ausgesperrten  
und ansässigen Buchbinder u. Buchbinderinnen.

Tages-Ordnung:  
1. Stand der Aussperrung, 2. Diskussion.  
Zahlreicher Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

## Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter.

Zweigverein Berlin, Sektion I (Brauereiarbeiter).  
Geschäftsstelle Berlin C. 54, Linienstr. 191. Fernspr. VII, 2340.  
Sonntag, den 24. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus  
(Saal I), Engel-Ufer 15:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Unser Tarifvertrag, 2. Innere Vereinsangelegenheiten, 3. Ver-  
schiedenenes.  
In Anbetracht der hochwichtigen Tagesordnung ist das  
vollständige Erscheinen der Mitglieder notwendig.  
Der Vorstand.

## Zentralorganisation der Steinsetzer und Berufsgenossen Deutschlands.

Sonntag, den 1. Juli 1906, vormittags 9 1/2 Uhr:

## Kombinierte Versammlung der Mitglieder sämtlicher Unterbezirke für Groß-Berlin

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 4).  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Schlichtungskommission, 2. Besprechung der Be-  
stimmungen des Tarifes, insbesondere der §§ 8: Leistung (ein-  
wandfreie Arbeit), 9: Leistungslohn, 12: Recht Sternanerkennung  
(Vollverein 7), 13: Banarbeiterzuschlag (Unterkaufsträume).  
Kollegen! Es muß endlich Klarheit geschaffen werden, um so die  
Ruhe im Gewerbe zu gewährleisten und ein gedeihliches Zusammenarbeiten  
auf den Baustellen zu ermöglichen.  
Es ist eine wichtige Versammlung, kein Mann darf fehlen!  
Mit Verbandsgruß. B. U.: P. Schenke, Altdorf, Anseebadstraße 2 I.

1. Bericht der Schlichtungskommission, 2. Besprechung der Be-  
stimmungen des Tarifes, insbesondere der §§ 8: Leistung (ein-  
wandfreie Arbeit), 9: Leistungslohn, 12: Recht Sternanerkennung  
(Vollverein 7), 13: Banarbeiterzuschlag (Unterkaufsträume).  
Kollegen! Es muß endlich Klarheit geschaffen werden, um so die  
Ruhe im Gewerbe zu gewährleisten und ein gedeihliches Zusammenarbeiten  
auf den Baustellen zu ermöglichen.  
Es ist eine wichtige Versammlung, kein Mann darf fehlen!  
Mit Verbandsgruß. B. U.: P. Schenke, Altdorf, Anseebadstraße 2 I.

Kollegen! Es muß endlich Klarheit geschaffen werden, um so die  
Ruhe im Gewerbe zu gewährleisten und ein gedeihliches Zusammenarbeiten  
auf den Baustellen zu ermöglichen.  
Es ist eine wichtige Versammlung, kein Mann darf fehlen!  
Mit Verbandsgruß. B. U.: P. Schenke, Altdorf, Anseebadstraße 2 I.

Es ist eine wichtige Versammlung, kein Mann darf fehlen!  
Mit Verbandsgruß. B. U.: P. Schenke, Altdorf, Anseebadstraße 2 I.

Mit Verbandsgruß. B. U.: P. Schenke, Altdorf, Anseebadstraße 2 I.

Mit Verbandsgruß. B. U.: P. Schenke, Altdorf, Anseebadstraße 2 I.

Mit Verbandsgruß. B. U.: P. Schenke, Altdorf, Anseebadstraße 2 I.

Mit Verbandsgruß. B. U.: P. Schenke, Altdorf, Anseebadstraße 2 I.

Mit Verbandsgruß. B. U.: P. Schenke, Altdorf, Anseebadstraße 2 I.

Mit Verbandsgruß. B. U.: P. Schenke, Altdorf, Anseebadstraße 2 I.

Mit Verbandsgruß. B. U.: P. Schenke, Altdorf, Anseebadstraße 2 I.

Mit Verbandsgruß. B. U.: P. Schenke, Altdorf, Anseebadstraße 2 I.

Mit Verbandsgruß. B. U.: P. Schenke, Altdorf, Anseebadstraße 2 I.

Mit Verbandsgruß. B. U.: P. Schenke, Altdorf, Anseebadstraße 2 I.

Mit Verbandsgruß. B. U.: P. Schenke, Altdorf, Anseebadstraße 2 I.

Mit Verbandsgruß. B. U.: P. Schenke, Altdorf, Anseebadstraße 2 I.

Mit Verbandsgruß. B. U.: P. Schenke, Altdorf, Anseebadstraße 2 I.

Mit Verbandsgruß. B. U.: P. Schenke, Altdorf, Anseebadstraße 2 I.

Mit Verbandsgruß. B. U.: P. Schenke, Altdorf, Anseebadstraße 2 I.

Mit Verbandsgruß. B. U.: P. Schenke, Altdorf, Anseebadstraße 2 I.

Mit Verbandsgruß. B. U.: P. Schenke, Altdorf, Anseebadstraße 2 I.

Mit Verbandsgruß. B. U.: P. Schenke, Altdorf, Anseebadstraße 2 I.

Mit Verbandsgruß. B. U.: P. Schenke, Altdorf, Anseebadstraße 2 I.

Mit Verbandsgruß. B. U.: P. Schenke, Altdorf, Anseebadstraße 2 I.

Mit Verbandsgruß. B. U.: P. Schenke, Altdorf, Anseebadstraße 2 I.

Mit Verbandsgruß. B. U.: P. Schenke, Altdorf, Anseebadstraße 2 I.

Mit Verbandsgruß. B. U.: P. Schenke, Altdorf, Anseebadstraße 2 I.

Mit Verbandsgruß. B. U.: P. Schenke, Altdorf, Anseebadstraße 2 I.

Mit Verbandsgruß. B. U.: P. Schenke, Altdorf, Anseebadstraße 2 I.

Mit Verbandsgruß. B. U.: P. Schenke, Altdorf, Anseebadstraße 2 I.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau:  
Zimmer 34, Amt IV, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt IV, 0679.

Sonntag, 24. Juni, vorm. 10 Uhr, in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108/114:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Rassenbericht und Bericht der Revisoren. 2. Neuwahl eines Beisitzers.  
3. Erfahrungs- und Neuwahl von vier Beamten. 4. An die Verwaltung gelangte Anträge.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
Die Ortsverwaltung.

## Stukkateure.

Montag, den 25. Juni 1906, abends 8 Uhr, in den Musikersälen,  
Raiser-Wilhelmsstr. 18m:

## Außerordentl. Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Fortsetzung der Debatte über „Rivod und Rügen der Gewerkschaftsorganisation mit besonderer  
Verpflichtung von Vorfällen in unserer Filiale.“ 2. Verschiedenes.  
Die Mitglieder werden ersucht, ihre Beitragsscheine auf das geringste Maß zum 1. Juli zu  
beschränken, weil von da ab neue Statuten in Kraft treten.  
Angeichts der hochwichtigen Tagesordnung ist es Ehrenpflicht der Kollegen,  
zahlreich und pünktlich zu erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband. Möbelpolierer.

Montag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Königstadt-  
Kasino, Holzmarktstraße 72c

## Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Bericht vom Verbandstag, 2. Diskussion, 3. Branchenangelegen-  
heit, 4. Verschiedenes.  
Der Kollege Franz Weisched, Mandelstraße 16a, wird  
hierzu zu dieser Versammlung eingeladen. Der Branchenleiter,  
NB. Unsere diesjährige Dampferpartie findet am Sonntag, den 29. Juni  
mit Rust nach Hagenfeld statt. Billetts sind bei den bekannten Kollegen,  
sowie in allen durch Plakate kenntlichen Geschäften zu haben. 87/20

## Kistenmacher.

Montag, den 25. Juni, abds. 8 1/2 Uhr, in den Andreas-  
Festsälen, Andreasstraße 21:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Sozialmoral und Besserung, Referent Genosse Fendel, 2. Dis-  
kussion, 3. Verschiedenes.  
Wohlwillinges Erscheinen der Kollegen ist notwendig. Der Obmann.

## Brande der Musikinstrumentenarbeiter.

Am Montag, 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,  
Engel-Ufer 15, Saal I:

## Branchen-Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Arbeitersführers E. Brückner über: „Rechte und  
Pflichten der Arbeiter aus dem Krankenversicherungsgesetz.“ 2. Branchen-  
angelegenheiten, 3. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert. Gäste willkommen.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht.  
Die Branchenkommission.

## Verband der Tapezierer.

Sektion der Kleber. - Filiale Berlin.  
Achtung! Kleber! Achtung!

Von Montag, den 25. Juni, tritt für die zu tarifmäßigen Preisen  
arbeitenden Kleber die neue Kontrollkarte in Kraft und muß dieselbe im  
12. Felde der Karte sein. Die Karten werden verabsolgt Sonntag, den  
24. Juni, von 9-12 Uhr, in folgenden Lokalen: Krüger, Linden-  
straße 8; Pantow, Verlegerstr. 32; Stephan, Wienerstr. 31; Wicker,  
Steinmühlstr. 35; Döhling, Kolbergstr. 29/30; Gütner, Hauptstr. 39;  
serner Sonnabend und Sonntag bei Wichter, Bergstraße 10; Koll,  
Charlottenburg, Postalgstr. 82, sowie Engelauer 15, Zimmer 35.  
178/2

Die Verbandsleitung.

Wir bitten genau auf unsere Firma und Hausnummer zu achten.

## Zur Reise

bringen wir eine unerreichte Auswahl an  
Sommer-Anzügen | Sommer-Joppen  
Lüstre-Jacketts | Schul-Anzügen und  
Knaben-Wasch-Anzügen.

Unsere Grundsätze:  
Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.  
Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.  
Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.  
Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.  
Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.  
Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

## LESKE & LEHRER

78 Kottbuser Damm 78  
Eigene große Betriebswerkstätte Neue Hohenstr. 59-60.  
Spezialhaus eleganter Herren- und Knabenbekleidung, fertig und nach Maß.  
Spezial-Abteilung:  
Bekleidung für jeden Beruf.  
Wir bitten genau auf unsere Firma und Hausnummer zu achten.

## Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen.

Wohl-Verlauf. Sehr festes Leder in  
praktischen grauen u. braunen Streifen,  
auch einfarbig. Im Bund aus einem  
Stück gearbeitet. Sehr feste Kapp-  
nähte. Halbbare Klett-Laschen.  
Große Hüften umlaufend. Die Hose  
bei Einnahme von 4 M. 50  
8 Stück 35 M.

Manchester-Hose Marke Gam-  
brinus, Zweifelle ... 5 M. 50  
Gefütterte, Mantel-Hose 14,50, 8,75  
Schwarze Mantel-Hose 1 M. 90  
Schwarze Mantel-Hose ... 1 M. 50  
Schwarze Mantel-Hose, Jackett,  
prima Koper-Gewebe ... 2 M. 50  
Schwarze Mantel-Hose,  
prima Koper-Gewebe ... 2 M. 10  
Weiße Hosen-Jacketts 3,50, 2 M. 75  
Schwarze Hosen-Jacketts ... 4 M. 50  
Waler-Stiel ... 3,-, 2,50, 2 M. 75  
Rehauer-Stiel (braun) 3,-, 2 M. 40  
Weiße Leder-Hose, Dreifaltig  
7,50, 3 M. 75  
Weiße Lederhosen ... 4,50, 2 M. 90  
Kleidermacher-Anzüge, blau,  
nach Vorschrift ... 5 M. 50  
Die Preise gelten für normale Größen.

## Baer Sohn

En gros. Export. En detail.  
Chaussestr. 24a/25, Brückenstr. 11,  
Gr. Frankfurterstr. 20.  
Das 29. Haupt-Preisbuch 1906 wird  
kostenlos und portofrei zugestellt.  
Bei Bestellung von Hosen ist die  
Bundweite und die Schnittlänge, bei  
Jacketts und Kilmeln die Brustweite  
anzugeben. 7732  
— Versand von 20 M. an franco. —

## Nur Qualität!

## Spre-Blume.

Zigaretten  
Nur Qualität!  
H. Preuß, Zigarettenfabrik „Spre-Blume“  
Berlin N. 28, Scharnweberstr. 66 I.  
Telephon: Amt III, 6949.

## Diese Woche

billig  
aus feinsten Massstoffen  
gefertigt, durchwegs solide,  
nachhochverehmbar.

## Anzüge Paletots

deren sonstiger Masspreis  
40-70 M. ist jetzt 15-30 M.  
Gebrockanzüge 21-40 M.  
Herren-Hosen jetzt 7-12 M.  
Deutsches Versandhaus,  
Jägerstr. 63, 1. Treppen.

## Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung  
liefern elegante fertige  
Herren-Garderoben  
Ersatz für Mass.  
Anfertigung nach Mass.  
Tadellose Ausführung.  
Julius Fabian,  
Schneider-Meister,  
Grosse Frankfurter  
Straße 37, 11.  
Eingang Straus-  
berger Platz.

## Köpenicker Gesellschaftshaus

Inhaber: Karl Seidel,  
Köpenick, Grünauerstr. 31,  
empfiehlt seinen neu renovierten Saal  
zu Vereins- und Privatfeiern.  
Jeden Sonntag: Großer Ball.

**Victoria**  
Vornehm! Praktisch!  
Eleganter  
Reise- u. Strapazier-  
Anzug  
tadellos sitzend  
**15 Mark**  
in den neuesten hell und dunkel  
gemusterten Dessins vorrätig.  
Mode-Haus  
Hermann Vandsburyer  
Friedrichstr. 7 Turmstr. 80a  
nahe Belle-Alliance-Platz. Ecke der Wilhelms-  
havener Straße.

Greift zu! dem  
Besten  
Monats-Anzüge n. 10.- M. an  
Abonnements-Anzüge 12,50  
Monats-Paletots 9.-  
Partie-Anzüge, teils mit  
nummerierten Fehlern 10,50  
Anzüge, Ersatz für Paletts 20.-  
Kamming-Hol-od. Radetts 3.-  
Alles auch für corpulente Figuren!  
Gehrag. Kleidungsstücke u. Radolieren.  
Reisend., aus den feinsten Werkstätten  
Berlin, teils von Stoffen, tadellos  
billig. Straßenbahn-Vergütung!  
Bitte adten  
Zentral-Keller, Berlin,  
35 Neanderstr. 35, an der  
3. Minut. u. Stadtbahn-Tannowitzbrücke.  
Dr. Simmel, Prinzen-  
Str. 41,  
Spezialarzt für 110/6  
Haut- und Harnleiden.  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Eigene große Betriebswerkstätte Neue Hohenstr. 59-60.  
**Zur Reise**  
bringen wir eine unerreichte Auswahl an  
Sommer-Anzügen | Sommer-Joppen  
Lüstre-Jacketts | Schul-Anzügen und  
Knaben-Wasch-Anzügen.  
Unsere Grundsätze:  
Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.  
Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.  
Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.  
Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.  
Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.  
Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.  
Originalentwurf!  
Nachdruck  
verboten.  
**LESKE & LEHRER**  
78 Kottbuser Damm 78  
Eigene große Betriebswerkstätte Neue Hohenstr. 59-60.  
Spezialhaus eleganter Herren- und Knabenbekleidung, fertig und nach Maß.  
Spezial-Abteilung:  
Bekleidung für jeden Beruf.  
Wir bitten genau auf unsere Firma und Hausnummer zu achten.

Eigene große Betriebswerkstätte Neue Hohenstr. 59-60.  
**Zur Reise**  
bringen wir eine unerreichte Auswahl an  
Sommer-Anzügen | Sommer-Joppen  
Lüstre-Jacketts | Schul-Anzügen und  
Knaben-Wasch-Anzügen.  
Unsere Grundsätze:  
Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe.  
Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.  
Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.  
Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.  
Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.  
Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.  
Originalentwurf!  
Nachdruck  
verboten.  
**LESKE & LEHRER**  
78 Kottbuser Damm 78  
Eigene große Betriebswerkstätte Neue Hohenstr. 59-60.  
Spezialhaus eleganter Herren- und Knabenbekleidung, fertig und nach Maß.  
Spezial-Abteilung:  
Bekleidung für jeden Beruf.  
Wir bitten genau auf unsere Firma und Hausnummer zu achten.